

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: Geb. Anstalt, Dresden
und Köpcke Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abdruck des Beschlusses der Arbeiter, außerdem 'Wort und Bild' mit einem halben Monat 1 W. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 19, Fernsprecher Nr. 3381. Sperrstunden nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 19, Fernsprecher Nr. 3381 und 1277. Gedruckt von 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 2 mm breite Kompositionelle 2 Pf., die 9 mm breite Kompositionelle 10 Pf., für auswärts Anzeigen 2 Pf. und 2 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote 4 Pf. Rabatt. Für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 53

Dresden, Freitag den 4. März 1927

38. Jahrg.

Kommunistisches Heldenstück

Der Sturz der mecklenburgischen Linkregierung

Aus Schwerin wird uns berichtet:

Se gestern schon gemeldet, ist die aus Sozialdemokraten und Demokraten bestehende Link-Regierung in Mecklenburg gestürzt worden, und zwar durch Verbindung der Kommunisten mit den Deutschnationalen. Die Kommunisten stellten den Mißtrauensantrag und verhalfen ihm durch ihre drei Stimmen auch zur Annahme. Die Rechtsparteien haben nur 2 Stimmen im Landtag, Sozialdemokraten und Demokraten 23, Kommunisten 3. Durch das Zusammengehen der Kommunisten mit der Reaktion ist die Linkregierung gestürzt. Ein Triumph der Junker! Ein Sieg der Volksherrschaft!

So ist denn zunächst die Link-Regierung in Mecklenburg gestürzt. Sie hat im vergangenen Jahre die reaktionäre Regierung Brandenstein abgelöst, nachdem die Regierungskoalition der Rechten in den Wahlen vernichtend gescheitert war. Der Wahlausgang war die Folge der anstehenden Mißwirtschaft, die das Kabinett Brandenstein auf Deutschnationale und Völkische, in dem kleinen Lande getrieben hatte. Die Taten dieser Link-Regierung sind noch im Gedächtnis: Finanzruhr, Verdrückung der Arbeiterklasse. Ein Wort bezeichnet den Geist, der diesem Regime innewohnt: Greßes Mühen!

Die Link-Regierung war für Mecklenburg eine Erlösung. Ein Sieg der Arbeiterklasse, eine Würdigung des Fortschritts. In ihrer Amtszeit hat sie segensreich auf allen Gebieten gewirkt, umhüllt von der deutschnationalen Presse. Die Verleumdungen und Verdächtigungen, die gegen sie anbrachten, entsprangen der ohnmächtigen Wut der Geschlagenen.

Aber die geschlagenen Junker und Reaktionäre haben Bundesgenossen gefunden, Bundesgenossen aus einer Partei, die sich immer noch Arbeiterpartei nennt, aus der

Kommunistischen Partei. Die drei Kommunisten des Mecklenburger Landtages haben gemeinsame Sache mit der Rechten gemacht, sie haben die Link-Regierung gemeinsam mit der Rechten gestürzt, mit der lächerlichen Beschuldigung, sie habe die Interessen der Arbeiterklasse verraten. Geißt das den Interessen der Arbeiterklasse dienen, wenn man sich mit den Junkern verbündet? Wollen sie der geschlagenen Reaktion in Mecklenburg wieder in den Sattel helfen? Sie haben gehandelt wie Feinde der Arbeiterklasse. Ihr Verhalten ist ein infamer Streich gegen die Arbeiterklasse. Die gekannte deutsche Arbeiterklasse wird es ihnen gedenken. Sie wird zu gegebener Zeit mit der Partei der Bundesgenossen der Junker abrechnen.

Der Völkische Zeitung wird aus Schwerin gemeldet: Was soll nun werden? Der Landtag setzt sich zusammen aus 20 Sozialdemokraten, 3 Demokraten, 3 Wirtschaftsparteilern, 4 Volksparteilern, 5 Völkischen, 12 Deutschnationalen und 8 Kommunisten. Keine parlamentarische Mehrheit kann eine tragfähige Basis für eine Regierung der Rechten herausrechnen, selbst wenn man die Wirtschaftspartei und die Völkischen mitechnet. Dabei haben die Völkischen erklärt, daß sie „unter keinen Umständen“ für eine Regierung zu haben wären, die sich auf den Boden der Erfüllungspolitik stelle. Ob Deutschnationale und Volkspartei die Regierungsgrundfrage ihrer Reichsregierung ableugnen werden, bleibt abzuwarten. In Mecklenburg ist manches möglich, aber auch dann verfolge eine Rechtsregierung über keine Mehrheit.

Was soll also werden? Für eine Auflösung des Landtages ist die Linke nicht zu haben. Außerdem ist von Wahlen bei der allgemeinen Wahlmündigkeit nicht zu erhoffen, es sei denn das völlige Verschwinden der Völkischen wie in Thüringen.

Der nächste Dienstag wird den nächsten Akt dieses tragischen Spiels bringen, das unter Umständen einer Rechtsregierung so lange Bestand verleiht, bis sie von den Völkischen gestürzt wird. Alles das nennt sich nationale Opposition zum Wohle des Volkes!

Kommunistischer Parteitag

Die „verfehlten Experimente“ der Ruth Fischer — Neue Illusionen

S. Offen, 3. März. (Eig. Drahtsch.) Auf dem kommunistischen Parteitag kam es am Donnerstag zu einem sehr scharfen Wortkampf der Linksoption. Als erster Redner sprach der Delegierte Noetzer, der Vertreter der größten Oppositionsgruppe Berlin-Weidling und Westfischens. Er wandte sich gegen die Gewerkschaftspolitik der Partei und erklärte, eine Erhebung der deutschen Gewerkschaften durch die kommunistische Opposition sei wegen der Stärke des bürokratischen Gewerkschaftsapparates unmöglich. Seine Ausführungen riefen sehr erregte Proteste des Parteitagstages hervor. Noetzer äußerte ferner ernste Bedenken wegen des wachsenden Einflusses der Großbauern in Russland. Als zweiter Oppositionsredner sprach Landtagsabgeordneter Bartel. Im Namen der sogenannten Ruth-Fischer-Fraktion vertrat Bartel für sich und die Abgeordneten Schlich und Grunewitz eine Erklärung, die gegen die Bescheidung der Arbeiterfreiheit und gegen den Hinauswurf der früheren Parteiführer Fischer, Maslow, Urban und Scholem Protest erhob. Er forderte deren Wiederaufnahme und kündigte entschiedenen Kampf der linken Opposition gegen die politische Linie der Partei an. Nach Bartel wurde bei zahlreichen Stellen seiner Erklärung von lauten Protestrufen unterbrochen.

Zählmann wies die erhobenen Einwände als Provokation zurück. Er beantragte, die vorgesehene Resolution nicht zu beratschlagen. Der Parteitag stimmte ihm zu. Die anschließenden Ausführungen des ehemaligen tschechischen Finanzministers Paul Bötzinger über die Politik der sogenannten Arbeiter-Zentrale im Jahre 1923 wurden ebenfalls bei einem großen Teil des Parteitagstages auf Ablehnung. Seine Ausführungen wendete er hauptsächlich der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er sagte dabei: Wir müssen aufhören, überholte dogmatische Anschauungen anzuwenden, um die sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen. Wir wollen sie durch bessere Erfolge. In diesem Sinne werden die verfehlten Experimente der Ruth Fischer-Zentrale eine Lehre für die Partei, die geradezu notwendig war. Wir wissen, daß eine Vernichtung der SPD erst im Stadium des revolutionären Kampfes möglich ist. Was wir heute schon können, ist, den immer stärker werdenden Reaktions- und Meinungskampf innerhalb der SPD in unserem Sinne für unsere Spaltungsarbeit auszunutzen. Gelingt es uns nicht, diese unsere Aufgabe durchzuführen, so besteht die Gefahr zentralistischer Gruppenbildung.

Darauf sprach der Landtagsabgeordnete Dr. Ernst Raber, der als einer der besten Freunde von Liebknecht und Rosa Luxemburg galt. Er fand es merkwürdig, daß die Ausführungen der Landtagsabgeordneten nur von Mißerfolgen in der Arbeit des letzten Jahres handelten. Dabei sei unter der radikalen Ruth Fischer der Einfluß der Partei dauernd zurückgegangen. Man müsse mit allen Mitteln die schärfsten Differenzen innerhalb der SPD ausmerzen und sich vor einer flüchtigen Anwendung der Einheitsfront nicht scheuen.

Aus der übrigen Diskussion ist zu berichten, daß sich die Redner in ihrer Gesamtheit scharf gegen die Opposition wandten und die Vertrauen zur Politik der Partei bekundeten. Die Verhandlungen werden am Freitag fortgesetzt.

Um über die ewigen Kravalle in der eigenen Partei hinwegzutäuschen, fabriziert die KPD-Vongerie, wie aus obigem hervorgeht, für ihre Anhänger neue Illusionen: der „immer stärker werdende Meinungskampf“ in der SPD. Wertwichtig, daß man davon ausgeht in der SPD, so wenig wir! Ramentlich seitdem die Sozialdemokratie immer mehr zur Opposition überging, sind die Auseinandersetzungen über die Politik unserer Partei immer schwächer geworden und heute nahezu verstummt. Und wenn solche Gegenüberstände vorlägen, was sollte es uns schaden? Da die Demokratie zu den Grundlagen unserer Partei gehört, kann die SPD, von Meinungskämpfen nie ernstlich bedroht, sondern höchstens befruchtet werden.

Die KPD-Vongerie sind doch jämmerliche Leute. Ihre Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie haben sich als untauglich erwiesen und werden sich weiterhin als lächerlich erweisen — aber sie wagen's ihren Anhängern nicht zu sagen!

Tschangs Terror in Schanghai

S. London, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Tschang-tschangs, der neue Kommandeur von Schanghai, hat die Maßnahmen seines Vorgängers zur Unterdrückung jeder kantonsunabhängigen Agitation in Schanghai in verstärktem Maße aufgenommen. Er hat Bestimmungen erlassen, um die Eisenbahnen vor der Agitation der Kuomintangpartei zu schützen. Seine Offiziere ermächtigt er, jeden Agitator handrechtlich zu erschlagen, der versuchen sollte, die Organisation der Eisenbahnen zu unterminieren, sowie jeden Eisenbahner, der bei Verhinderung von Eisenbahnanlagen und Einrichtungen betroffen wird. Inzwischen wird durch die amtlich von der Kantonsregierung autorisierte Kuomintangpartei, die sich innerhalb der Konzeption von Schanghai befindet, eine lebhafteste Agitation zur Herbeiführung eines Generalstreiks in Schanghai gegen das gegenwärtige Regime entfaltet.

Wie erst jetzt bekannt wird, sind in den letzten Tagen Truppen von der Armee Sun zur Kantonsarmee desertiert. Sie sind durch Schantungstruppen ersetzt worden. Wie in amtlichen Kreisen London mitgeteilt wird, ist in Tschang ein Abkommen zustande gekommen, das den dortigen Streit und antichinesischen Vorkommnisse beendet. Die Bewegung war durch die Weigerung britischer Firmen entlassen, die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung anzuerkennen.

Die bisher an Bord des britischen Truppen-Transportschiffes „Minneapolis“ befindlichen Truppen sind am Donnerstag in Schanghai gelandet. Zwei japanische Kreuzer haben Auftrag erhalten, sich nach Schanghai zu begeben.

Ungeheure englische Expeditionskosten

S. London, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung hat am Donnerstag im Unterhause einen Nachtragset für die Expedition der Truppen nach China eingebracht. Dieser Nachtragset enthält die Bewilligung von 850 000 Pfund Sterling (10 Millionen Mark) für die Chinarexpedition, wozu allein für die Truppentransporte zur See 500 000 Pfund Sterling vorgesehen sind. Die Arbeiterpartei fordert eine Herabsetzung dieses Nachtragsetts.

Von Reinhold zu Köhler

Randbemerkungen zur Finanz- und Steuerpolitik

Von Dr. Paul Herb, M. d. R.

Durch die Etatsrede des neuen Reichsfinanzministers Dr. Köhler ist eine umfangreiche Diskussion über die Grundzüge und die Praxis der deutschen Finanzpolitik eingeleitet worden. Sie richtet sich gegen den früheren Reichsfinanzminister Dr. Reinhold. Ihm wird vorgeworfen, in seiner Finanzpolitik zu optimistisch gewesen zu sein und die Interessen des Reiches nicht genügend gewahrt zu haben. Diese Kritik ist kein Muster von Ehrlichkeit. Sie kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Finanzpolitik Reinholds immer von der Reichsregierung gedeckt wurde, und daß sie auch die Zustimmung des Reichstages gefunden hat. Diejenigen Männer der alten Reichsregierung, die auch der neuen Reichsregierung angehören, tragen also ebenso wie die bisherigen Regierungsparteien für die Reinhold'sche Finanzpolitik die volle Verantwortung. Wenn sie jetzt an Reinhold Kritik üben, so kritisieren sie sich damit selbst. Noch unerbittlicher ist die deutschnationale Kritik. Die Deutschnationalen werfen Reinhold vor, er habe die Steuerentlastung zu weit getrieben. Sie selbst aber haben im Vorjahre den doppelten Betrag der von Reinhold vorgeschlagenen Steuerentlastung beantragt. Und wenn sie Reinhold die Senkung der Umsatzsteuer von 1 auf 2/3 Prozent zum Vorwurf machen, so muß man daran erinnern, daß sie die Umsatzsteuer stets als eine der verwerflichsten Steuern bekämpft haben.

Die Sozialdemokratie hat keine Veranlassung, sich in diesen Streit einzumischen. Sie hat Reinhold von Anfang an mit kühler Reserve gegenübergestanden. Seine allgemeine Finanzpolitik haben wir stets als eine Bedrohung der Erfüllung notwendiger sozialer Aufgaben angesehen. Seine Steuerpolitik ist von uns von Anfang an bekämpft worden, weil sie einen plutokratischen Charakter trug und den Großbesitz zu entlasten suchte. Das gilt besonders von der Senkung der Körperschaftsteuer, die zu einem Geschenk von 40 bis 50 Millionen Mark an Börsenspekulanten und Banken geführt hat. Auch seine Absicht, die Steuerlast für hohe Einkommen zu ermäßigen, brachte ihn in Gegensatz zu den Absichten der Sozialdemokratie.

Wichtiger aber als die Kritik der Vergangenheit ist die Erörterung der finanzpolitischen Aufgaben der Zukunft. Hierbei ist zweierlei zu unterscheiden: die allgemeine Finanzpolitik und die besondere Steuerpolitik.

Bei der allgemeinen Finanzpolitik spielt vor allem die Frage eine Rolle, ob die Ausgaben sich nach den Einnahmen oder die Einnahmen sich nach den Ausgaben zu richten haben.

Dr. Reinhold vertrat mit großer Schärfe den Standpunkt, die Ausgaben müßten sich nach den Einnahmen richten, obwohl er sich in der Praxis kaum je um diesen Grundsatz kümmerte, sondern die Ausgaben munter ansteigen ließ. Dr. Köhler hat eine genaue Präzisierung seines theoretischen Standpunktes vermieden. Zudem er aber auf die Rücken des von seinem Vorgänger vorgelegten Etats hinwies und neue Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge, die Beamtenbesoldung, die Entschädigung der Auslandsdeutschen usw. ankündigte, hat er praktisch den Ausgaben den Vorrang vor den Einnahmen eingeräumt. Das ist ein durchaus richtiger Standpunkt. Theoretisch gibt es ebensoviele eine Grenze für die Einnahmen als eine Grenze für die Ausgaben. Immer wird man sich fragen müssen, ob eine Ausgabenerhöhung so notwendig und zweckmäßig ist, daß eine Steigerung der Einnahmen als das kleinere Übel angesehen werden kann.

Ungleich bedeutungsvoller sind die Streitfragen bei den Problemen der Steuerpolitik, zumal der Restriktion in diesen Fragen durchaus nicht einig ist. Daher ist die persönliche Meinung des neuen Finanzministers Dr. Köhler zweifellos von einer gewissen Bedeutung. 1925 hat er gegenüber der Schließung der Steuerreform auf die beabsichtigte „gewaltige Verschiebung in der Verteilung der öffentlichen Kosten auf die Bevölkerung“ hingewiesen, sich gegen den viel zu weit getriebenen Abbau der Einkommensteuertarife ausgesprochen und betont, daß die notwendige Kapitalneubildung sich nicht auf Kosten des „Lebenskapitals der breiten Masse unseres Volkes“ vollziehen dürfe. Sein Gesamturteil über die damalige Reform hat er dahin zusammengefaßt, es handle sich „um eine durchaus unsoziale Gestaltung der Lastenverteilung“.

Wir wissen nicht, ob Herr Dr. Köhler sein damaliges Urteil auch heute noch aufrechterhält. Wir fürchten aber nach seiner Programmrede, daß er nicht danach handeln wird oder handeln kann. Er hat in seiner Programmrede die Gesamtbelastung des deutschen Volkes mit Steuern und Abgaben auf 11 Milliarden Mark angesetzt. Man kann ihm auch darin zustimmen, daß diese Last schwer ist und eine Erhöhung kaum tragbar wäre. Aber eine Erhöhung dieser Gesamtlast wird von niemand angestrebt oder für erforderlich gehalten.

Wenn die Sozialdemokratie auf gewissen Gebieten eine Erhöhung der Steuerlasten fordert, so muß, damit sie zum Ausgleich für die Rinder-

Demokratie und Diktatur

Auslast zur Verbewoche — Max Adler vor der Dresdner Arbeiterschaft

Die Steuerlasten an anderer Stelle benutzt werden kann. Wir streben also nur eine bessere Verteilung der Steuerlasten an genau in dem Sinne, wie das Dr. Köhler 1925 getan hat. Ebenso wie damals tragen nämlich auch heute die breiten Schichten des Volkes trotz ungenügendem Einkommen und geringer Lebenshaltung die stärksten Lasten, während einzelne Gruppen der Leistungsfähigsten trotz hohem Einkommen und verschwenderischer Lebenshaltung steuerlich überaus begünstigt werden. Eine sozialere Verteilung der Steuerlasten aber ist gerade dann dringend notwendig, wenn die allgemeine Steuerlast schwer ist und nur durch eine gleichmäßige Verteilung erträglich gemacht werden kann.

Leider hat Herr Dr. Köhler — und darin darf man wohl die erste Einwirkung des Besitzbürgerblocks auf seine veraltete Meinung erblicken — die Verteilung dieser Lasten des deutschen Besitzsteuersystems als gegenwärtig unmöglich abgelehnt. Das bedeutet natürlich den Verzicht auf eine erheblichere Milderung der Massenbelastung. Dr. Köhler hat infolgedessen als einziges Zugeständnis die schon lange in Aussicht genommene Senkung der Zuerststeuer in geringem Ausmaß vorläufig angedeutet. Im übrigen soll es bei der bisherigen Lastenverteilung bleiben und nur durch eine Reform der Steuerverwaltung für eine bessere und gleichmäßigere Veranlagung der Besitzsteuern gesorgt werden.

Genaugenommen wie Herr Dr. Reinhold kann deshalb die Sozialdemokratie Herrn Dr. Köhler Gefolgschaft leisten. Die deutsche Finanz- und Steuerpolitik hängt nicht von der Person des Finanzministers ab, sondern von dem politischen Einfluss der einzelnen Klassen der Gesellschaft. Die Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien ist immer abgestellt gewesen auf das Interesse der Besitzenden. Sie weitgehend zu schonen und die breiten Schichten des Volkes zu belasten, war immer das Ziel ihrer Politik. Beim Besitzbürgerblock ist diese Absicht noch stärker ausgeprägt als bei jeder andern Regierung. Und mögen auch einzelne Parteien, wie z. B. das Zentrum, solchen Absichten manchmal Widerstand leisten wollen, so werden sie doch innerhalb der Regierung nur eine Minderheit darstellen und auf die Hilfe der Sozialdemokratie angewiesen sein.

Der Schutz der Interessen der Besitzlosen ist also in vollem Umfang in die Hand der Sozialdemokratie gelegt. Nur die Angst vor der Sozialdemokratie vermag den Besitzbürgerblock von den Absichten auf noch härtere Schonung des Besitzes zurückzuführen und ihn zu zwingen, den volkswirtschaftlichen Interessen der Gesamtheit und den sozialen Interessen der Massen des Volkes durch Verminderung der Massenbelastung Rechnung zu tragen.

Das Martyrium des Schriftstellers

Der Schriftsteller Heinrich Wandt, der im Dezember 1923 durch einen Fehlurteil des Reichsgerichts zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt und nach Verbüßung von über zwei Jahren endlich im Februar 1926 begnadigt worden war, ist jetzt abermals das Opfer eines unzulässigen Verhaltens der Justiz geworden. In Düsseldorf schwebt ein Verfahren gegen einen Polizeibeamten wegen Mißhandlung des Wandt. In diesem Verfahren, das nicht von Wandt veranlaßt worden ist, erhielt er eine Vorladung als Zeuge, um dem Beschuldigten gegenübergestellt zu werden. Auf sein Schreiben an den Untersuchungsrichter um Ueberwindung des Reisegeldes wegen völliger Mittellosigkeit wurde er zunächst in eine Strafe von 50 M. genommen. Doch damit nicht genug. Am Donnerstag morgen um 5 Uhr wurde Wandt in seiner Berliner Wohnung verhaftet, um zwangsweise nach Düsseldorf übergeführt zu werden.

Dem neuen preussischen Justizminister bietet sich hier sofort Gelegenheit, nach dem Recht zu sehen und ein solch unglaubliches Vorgehen von berufenen Schiedsrichtern des Rechts ein für allemal unmöglich zu machen.

Die Justizkorruption in Leipzig

Sie lesen in der Leipziger Volkszeitung: Wir berichten bereits über die Korruptionsaffäre im Amtsgericht am Vorkriegsabend. Die Durchleuchtungen gehen Jahre zurück. Sie konnten nur aufgedeckt werden, weil die „Kasser“ — wie in der Kasser-Sache — immer frecher ihre Unwesen trieben. Da schwebten gegen einen Kaufmann eine Menge Klagen, die bis zu Veränderungen gezeichnet wurden. Der platte Gerichtsbeamte nahm aber keine Rücksicht vor. Er befand sich, entgegen den Tatsachen, daß nichts zu pfänden vorhanden wäre. Inzwischen lebte der Kaufmann weiter in Saub und Braut. Das lag den Gläubigern schließlich zu verhängnisvoll vor. Sie erstellten Anzeige und — der Stein lag ins Rollen. Nun sind bereits vier Justizbeamte, zwei Kaufleute und drei Rechtsanwälte in die Angelegenheit verwickelt; die Beamten und die Kaufleute sitzen in Untersuchungshaft, die Rechtsanwälte sollen auf freiem Fuß bleiben, da Verdunklungsgefahr nicht besteht. Bisher sind drei Fälle von Verhaftungen, Nebenbestimmungen und Verurteilungen festgesetzt worden, doch wurden noch bedeutend mehr Durchleuchtungen beantragt. Bemerkt soll ausdrücklich gesagt werden: Der Hauptverdächtige ist Vertrauensmann der Deutschen Volkspartei und ein naher Verwandter des jetzigen sächsischen Justizministers. Die Angelegenheit wird weitere Preise ziehen.

Betrug unter Betrügern

Regierungsmethoden in Prag

B. Prag, 3. März. (Eig. Draht.)

Am Donnerstag ist im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung eine mehr als sonderbare Affäre aufgedeckt worden. Seit Wochen tobt um die Verwaltungsreform in der Tschechoslowakei ein ungewöhnlich heftiger Kampf, der dazu geführt hat, daß die zu Realisation gehörigen Parteien gegen ihre Minister rebellierten. In der Donnerstagssitzung des Verfassungsausschußes verlangte nun die slowakische Volkspartei trotz ihrer Mitgliedschaft zur Regierung die Zurückziehung des Entwurfs, und zwar mit folgender Begründung:

„Ministerpräsident Swebila hat den Mitgliedern des Verfassungsausschußes der Regierungsparteien zwei voneinander abweichende Entwürfe des Gesetzes überreicht. In dem Entwurf, den der Vertreter der Slowaken erhielt, fehlen wichtige Bestimmungen, die das Gesetz enthält. Hier liegt ein offenkundiger Betrug vor, durch den die nichttschechischen Regierungsparteien zur Realisation des Regierungsentwurfs verführt werden sollten.“

Es steht außer Zweifel, daß auch die deutschen Regierungsparteien auf diese Weise über das Ohr gelehrt wurden. So betrachten sich die Volksbetreuer unter sich? Welche Regierung in Europa arbeitet noch mit solchen Methoden?

Der sozialdemokratische Bezirksbildungsausschuß hat sich heute zu einem Vortrag eingeladen, der zugleich die Verbewoche der SPD einleitete. Genosse Professor Dr. Max Adler, Wien, sprach im Saale des Künstlerhauses vor einer zahlreichen und interessierten Hörerschaft über das Thema „Demokratie und Diktatur“.

Der Streit um die Bedeutung und den Wert der Demokratie ist kein theoretischer Begriffstreit, keine hohe Gelehrtenangelegenheit. Er ist ein Streit von furchtbarer Aktualität, der die verhängnisvolle Spaltung des modernen Sozialismus bewirkt hat. Die Einheit kann nur wiedergewonnen werden, wenn sich die entgegengesetzten Meinungen in einer objektiven, wissenschaftlich zu begründenden Erkenntnis finden.

Vor dem Kriege gab es bei den Massen keine Skepsis gegenüber der Demokratie. Ihr Wert schien nicht diskussionsbedürftig, über ihn waren sich sogar die verschiedenen Parteien einig. Die geschichtlichen Ereignisse haben aber dieser Einigkeit einen gewaltigen Stoß versetzt. Einmal gab es zu denken, daß der Ausbruch des Weltkrieges die ältesten und stärksten Demokratien der Erde, England, Frankreich, ja sogar Amerika, ihre Wurzeln an der bestehenden Schichten dienstbar machen konnten, wie das absolutistische Rußland und die halbabsolutistischen Länder Deutschland und Oesterreich.

Dazu gefellte sich ein zweites: Als 1918/19 der große Sturm kam, als die Throne blutigerer Dynastien zusammenbrachen und sich in Mitteleuropa ein fiesher Triumph der Demokratie entfaltete, erlitten die Hoffnungen auf Befreiung der Menschen von Elend und Not durch die Demokratie eine furchtbare Enttäuschung. Es stellte sich heraus, daß die konsequenteste Demokratie, die freie Republik an der inneren Unfreiheit der Massen nichts änderte, daß Hunger, Arbeitslosigkeit und Elend sogar zunahmen.

Drittens erschütterte die russische Revolution den Glauben an den Wert der Demokratie. Die russischen Proletarier waren die ersten, die den ungeheuren Sturz des Krieges durchbrachen, und doch war diese Revolution durch Ausschalten der Demokratie und durch Proklamierung der Diktatur gemacht worden. Hier entspann ein neuer, verhängnisvoller Quell des Fortschritts. Die Demokratie schien auf der ganzen Linie zu versagen, und doch hatten Marx und Engels die Demokratie nie preisgegeben. Sie hatten sie, ohne zu ihren Anhängern zu gehören, immer als das wichtigste Kampfmittel des Proletariats geschätzt. Hier

Das Problem ist so verhängnisvoll, weil die Begriffe nicht geklärt sind. In dem Streit hat ein Wort doppelte Bedeutung, und die Kämpfenden wissen es nicht. Demokratie heißt bekanntlich „Herrschaft des Volkes“. Niemand soll dem Volk Gleiches vorschreiben, als das Volk selbst. Also gibt es, solange die kapitalistische Gesellschaft besteht, keine Demokratie, denn solange sie besteht, gibt es eben kein „Volk“, dessen Glieder doch in gleicher Weise durch die Gesamtheit umschlossen und getragen werden müssen. Solange das Privatvermögen an den Produktionsmitteln besteht, kann es keine Volkseinheit geben, weil ein Teil dem andern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert ist. Eine Demokratie im wahren Sinne, d. h. eine soziale Demokratie, gibt es

heute noch gar nicht. Ihre Voraussetzung ist die Lösung der kapitalistischen Gesellschaft.

Wir können nur die politische Demokratie, die gekennzeichnet ist durch den Gedanken der Rechtsgleichheit aller, „Vor dem Gesetz sind alle Bürger gleich“. Das ist ursprünglich eine Idee des Bürgertums, das gegen die Herrschaft des Adels und der Geistlichkeit kämpfte, seine Fahne aber im Stich ließ, sobald geltend machten. Seitdem ist dem Proletariat die Idee gefallen, die politische Demokratie gegen alle Feinde zu verteidigen. Die demokratische Republik hat außerhalb des Proletariats keinen wirklichen Freund. Wir haben es hundertmal gesagt: das Proletariat wird sich von dieser Demokratie und Republik nicht ein Stück rauben lassen. Wenn wir die Grenzen der politischen Demokratie kennen, so möchten wir sie doch nicht. Das war der Fehler der Sozialdemokratie, daß sie russische Verhältnisse auf Europa übertragen wollte. Sie vergaßen, daß die politische Demokratie ein gewaltiges Mittel in der Hand des Proletariats ist, seinen weiteren Weg zu bahnen, wenn sie auf rein formal bleibt, denn von politischen Rechten ist noch niemand satt geworden. Unsere Aufgabe ist es, die politische Diktatur zu verteidigen und mit ihrer Hilfe die soziale Demokratie zu erkämpfen.

In dem Begriff der Diktatur spielt noch eine besondere Rolle die Spaltung der Sozialdemokratie. Die Methode, deren Anwendung für die russische Revolution unbedingt notwendig war, nennt sich „Diktatur des Proletariats“. Das war sie in der Tat nie und ist es auch heute noch nicht. Die Diktatur des Proletariats muß auf seiner Majorität fußen, nicht wie in Rußland auf der Herrschaft weniger. Das Proletariat muß die politische Demokratie ausüben, um Macht zu gewinnen und immer weitere Kreise der Bevölkerung an sich zu ziehen, bis die wichtigsten Massen die Majorität erlangen und die Diktatur sich daraus ergibt. So ist die Diktatur die Folge, die Anwendung der politischen Demokratie. Die Auffassung, daß, wie die russische Diktatur abgelehnt hat, die Diktatur überhaupt abzulehnen muß, ist irrig. Diktatur und politische Demokratie schließen einander nicht aus, sie gehören zusammen.

Die Geschichte beweist, daß sich in entscheidenden Fragen die Parteien nach Klasseninteressen gruppieren. Wer die Majorität hat, hat die Macht, und solange die Kapitalisten die Macht haben, über sie sie aus. Die Demokratie ist also vereinbar mit der Diktatur. Das hat die Bekämpfung des Verparasitenstreiks im „demokratischen Land der Erde“ bewiesen. Wir können bisher nur eine bürgerliche Diktatur, und wenn ein Teil des Proletariats weiter so irrig denkt wie bisher, werden wir sie noch lange behalten. Das Proletariat muß sich eines Tages entschließen, seine Diktatur auszuüben. Das ganze Problem mündet deshalb in eine Aufgabe, sie heißt: sozialistische Erziehungsarbeit. Das Proletariat soll in sich selbst wider den Kampfgeist erziehen. Wenn dieser Geist die Adre und Wurzeln der Massen neu erfüllt, wird er auch zur unerschütterlichen Kraft werden, die neugeschaffen wird — nicht den Staat, sondern die Gesellschaft. Nur auf dem Wege können wir die Klassenoppression der bürgerlichen Republik überwinden.

Reudell antwortet

Noch keine Stellung zum Republikshutzgesetz

SPD. In der Donnerstagssitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags beauftragte sich Reichsminister v. Reudell zur Beantwortung verschiedener an ihn gestellten sachlichen und grundsätzlichen Fragen. Die Verwaltungsreform soll zunächst eine Vereinfachung und Vereinheitlichung der Rechtsprechung des Reichs auf öffentlich-rechtlichem Gebiete umfassen. Die Reichsministerien seien dabei, ihren Büroapparats auf die neuen wesentlichen Vereinfachungen umzustellen. Die Reichsdienststrafordnung werde mit Beachtung der erledigt werden können und das Beamtenvertragsgesetz demnächst dem Reichstag zugehen. Das allgemeine Beamtenrecht solle dann folgen. Zur Verlängerung des Republikshutzgesetzes habe das Kabinett noch nicht Stellung genommen. Die Frage der Rückkehr des Kaisers werde bei der Beratung des ferneren Schicksals des Republikshutzgesetzes geprüft werden. Der Deutschenkonservativen Partei geböre er, der Minister, seit Gründung der Deutschennationalen Partei nicht mehr an. Im Artikel 48 der Reichsverfassung habe die Reichsregierung noch keine Stellung genommen. Bei der Regierungsbildung hätten keine Verhandlungen über ein Konordat stattgefunden, jedoch seien die zuständigen Stellen mit der Prüfung aller einschlägigen Fragen beauftragt worden. Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl hätten noch nicht stattgefunden.

Von der bayerischen Deutschnationale behauptete der Minister, sie enthalte eine Fülle beachtenswerten Materials. Er bitte, die Entschließung Sollmann abzulehnen, durch die der bayerischen Regierung aufgegeben werden soll, die der Verfassung widersprechende Verleihung von Titeln zu unterlassen und die Meinungsäußerung der Beamten zu achten. Wegen der Verleihung von Titeln schwebten nicht nur mit Bayern, sondern auch mit anderen Ländern Verhandlungen. Alle Beamten hätten nach Ansicht der Reichsregierung und der bayerischen Regierung die volle Freiheit, auch für die Entwicklung des Reiches zum Einheitsstaat einzutreten. Das Ministerpräsidentengesetz werde voraussichtlich bald dem Reichstag zugehen. Die Errichtung des Reichsbeamtenrats werde gefördert. Von seinen Beamten verlange er als Reichsminister die gleiche bejahende Einstellung zum neuen Staat, zu der er sich selbst durch seine Erklärungen im Reichstag bekannt habe.

Hg. Sollmann (Soz.) bezeichnete in seiner Erwiderung manche Mitteilungen des Ministers als bedenklich, so die Erklärung, daß die antidemokratische bayerische Deutschnationale eine hohe beachtenswerten Material“ enthalte und demnächst das Kabinett beschließen werde. Dadurch werde das Mißtrauen erhöht. Bares habe jedenfalls kein Recht, die Reichsregierung zu mißgönnen, solange sie besteht. Entgegen der Erklärung des Reichsministers stehe fest, daß der bayerische Ministerpräsident Beamte, die der Einheitsstaat anstreben, als Epochenfiguren, als Landes- und Volkserbener bezeichnet hat. Danach gibt es keine verfassungsmäßige Meinungsäußerung in Bayern nicht. Ganz unbefriedigend sei die Antwort über den Ablauf des Republikshutzgesetzes und die etwaige Rückkehr des früheren Kaisers.

Im weiteren Verlauf der Aussprache betonte Hg. Steinhilber (Soz.), eines der wichtigsten Erfordernisse sei, daß die Personalreferenten zuverlässige Republikaner sind. Das sei bisher in keiner Weise der Fall. Hg. Rosenfeld (Soz.) wolle den Minister darauf hin, daß er vor allem die Reichseinheit zu wahren habe. Es sei ein unglücklicher Zustand, daß innerhalb des Reiches Auseinandersetzungen von deutschen Staatsangehörigen erfolge, wie z. B. im Falle des Dresdner Toilers.

Minister v. Reudell erklärte zu der Frage, ob ein Kommunist Beamter sein könne, eine Bejahung im Sinne eines gewissen Umfangs verträge sich nicht mit den Beamtenpflichten. Hg. Dr. Schönlank (Soz.) fragte den Minister, was er gegen des bayerischen Verbot der Zugehörigkeit von Volks- und Fortbildungsschülern zum Verein „Arbeiterjugend“ zu tun gedenke.

Der Antrag Sollmann wurde abgelehnt, dagegen eine Entschließung Steinilber angenommen, daß die Reichsregierung Sorge tragen möge, damit die Grenzschäfte mit den verfassungsmäßigen Hoheitsorganen und in den Reichsorganen aufgestellt werden. Eine weitere Entschließung forderte die Reichsregierung auf, die Beziehungen zwischen Preußen und Hamburg durch Vermittlung zu befestigen. Die Titel für das Reichsbeamtenratsamt, die Reichsbeamtenratsamt und das Reichsarchiv wurden genehmigt. — Weiterberatung Freitag vormittag.

Liebesdienste für die Christlichsozialen

A. Wien, 3. März. (Eigener Funkspruch.)

Im Burgenland herrscht große Aufregung, besonders in Schattendorf, wo bekanntlich an dem Bluttage die Christlichsozialen Frontkämpfer einige Arbeiter mordeten. Am Mittwoch wurden dieselben im Auftrag der Wiener Staatsanwaltschaft drei Mitglieder des republikanischen Schutzbundes wegen „Erpressung“ verhaftet, weil sie angeblich an dem Bluttage christlichsoziale Frontkämpfer durch Drohungen verheimlicht hätten, nach Schattendorf zu marschieren. Dieses Vorgehen der Staatsanwaltschaft ist offenbar ein Liebesdienst des Kanzlers Seipel für die christlichen Frontkämpfer.

A. Wien, 3. März. (Eigener Funkspruch.) Am Mittwoch nachmittags besetzte Polizei und Militär auf der Suche nach „Waffen“ das Arsenal, welches Eigentum der Gemeinwirtschaftlichen österreichischen Werke ist. Wieder wurden aber nur Holzgewehrstücke gefunden und abtransportiert. Es herrschte größte Erregung unter der Arbeiterschaft.

Christlichsoziales Wahlmandat

A. Wien, 3. März. (Eig. Draht.) Der Einbruch, den der Seeresminister am Mittwoch in das Arsenal unternommen hat, stellt sich jetzt immer mehr als ein typisches Wahlmandat der Regierung heraus. Seipel hoffte, daß er im Arsenal Waffen des

republikanischen Schutzbundes finden würde; er wollte damit die Wahllegation bestreiten. Deshalb hat man durch irgend jemand eine Anzeige erlassen lassen, daß Einbrecher in das Arsenal eingedrungen wären. Am Mittwoch wurde dieser Einbruch durch die Wehrmacht in Kenntnis gesetzt. Tatsächlich ist das ganze Vorgehen des Seeresministers unglücklich.

Im Parlament hat der sozialdemokratische Abgeordnete Bauer am Donnerstag anlässlich der Beratung des Wahlgesetzes die Angelegenheit zur Sprache gebracht und festgestellt, daß es sich dabei um einen Mißbrauch der Amtsgewalt handelt. Bauer verlangte, daß gegen den Seeresminister und gegen den Führer der Expedition ein Verfahren eingeleitet wird. Im Sitzungssaal ist es, daß nicht Arsenmaterial, sondern Arsenmaterial beschlagnahmt wurde, das im Arsenal unter Kontrolle eines Vertrauensmannes der Regierung verwahrt wird.

Wohnungsgeberhöhung für Beamte. Reichsfinanzminister Dr. Köhler empfing am Donnerstag Vertreter der Beamten und Angehörigen, um deren Forderung nach einer Gehalts- und Gehaltssteigerung zu hören. Er erklärte sich bereit, die Forderung für eine Gehaltsreform der Beamtenbesoldung sofort in Angriff nehmen zu lassen und teilte mit, daß der Wohnungsgeberhöhung zu sprechen der Mieterhöhung erhöht werde.

Befoldungs- und Dienstverhältnisse des Straßenbahnpersonals

In mehrstündigen Verhandlungen beschäftigten sich die Stadtväter in der gestrigen Sitzung mit den Befoldungs- und Dienstverhältnissen bei der Straßenbahn. Der Finanzausschuss hatte ein Gutachten abgegeben, das dem sozialdemokratischen Antrag nachkommt, wonach alle jene Straßenbahnbeamten, die jetzt noch nach dem alten Dienstvertrag in Gruppe 3 sind, nach Gruppe 4, und jene mit 15 Jahren und mehr Dienstzeit nach Gruppe 5 einzuordnen sind. Darüber hinaus sah das Gutachten noch verschiedene Verbesserungen gegenüber den Assistenten, Bahnhofsvorleitern, Kontrollleuten und Streckenwärtinnen und hinsichtlich der Arbeitszeit vor. Das Kollegium war von vornherein von der Notwendigkeit einer höheren Gruppierung des Straßenbahnpersonals und von der Herabsetzung der Dienstzeit überzeugt, nur führte ein Minderheitsgutachten des sozialdemokratischen Fraktionsführers, für das sich vor allem der deutschnationale Müller einsetzte, zu einer umfangreichen Debatte. Das Minderheitsgutachten forderte, daß alle planmäßigen Beamtenstellen durch Tarifpersonal zu besetzen sind und bricht damit mit einem System, das sich seit der Umstellung der Straßenbahn in kaufmännische Betriebsführung, und zum Teil des Tarifpersonals sehr gut bewährt hat. Die sozialdemokratische Fraktion kann für sich in Anspruch nehmen, die Interessen des beamteten und Tarifpersonals bei der Straßenbahn, sei es in Fragen der Entlohnung, der Arbeitszeit oder der sonstigen Berufsinteressen, jederzeit gewahrt und vertreten zu haben. Auch in der gestrigen Sitzung setzte sich dieselbe für eine bessere Bezahlung ein, mußte aber davon warnen, dem Minderheitsgutachten zuzustimmen, weil erfahrungsgemäß und auf Grund der Befoldungsvoraussetzungen mit der Verleihung der Beamtenstellung eine ganz bedeutend schlechtere Bezahlung gegenüber dem Tarifverhältnis verknüpft ist. Es kann auf den ersten Moment für das Tarifpersonal gewiß bestechend wirken, wenn ihm die Beamtenstellung verliehen wird, jedoch begibt es sich, außer in Bezug auf die Entlohnung, auch noch in anderer Beziehung vieler Rechte, so daß die Nachteile einer Beamtenstellung gegenüber den Vorteilen, die das Tarifverhältnis gewährt, ganz beträchtlich sind. Dazu kommt, daß die Pensionen der Beamten durch die Rubelordnung für das Tarifpersonal, deren Anlehnung an die Beamtenpensionsbestimmungen durch die Sozialdemokratie erstrebt wird, ausgedünnt werden. Die rechte Seite des Hauses, vor allem die deutschnationalen, setzten sich um Kapitulationsbedürfnis für die Annahme des Minderheitsgutachtens ein. Die Begründung, daß die der Stadtverordnete Müller gab, war mehr als dürftig. Genosse Kisterbusch rechnete mit dem Herrn unter Wahrung des grundsätzlichen Standpunktes der Sozialdemokratie zur Beamtenfrage ab und wies vor allem den Anspruch zurück, die Sozialdemokratie sei gegen das Berufskennzeichen eingestellt. An Hand von Tatsachenmaterial wies er unter Übergang nach, daß es sich gerade bei den Rechtsparteien mit der Wahrung der wohlverdienten Beamtenrechte, wie die Praxis beweist, kaum mehr als um ein Pappensteinticket handelt, während es der Sozialdemokratie vor allem darauf ankommt, ungeachtet der Stellung des Beamten oder des Tarifschaffners in allererster Linie für eine auskömmliche Bezahlung und die Wahrung gewerkschaftlicher und beruflicher Rechte zu sorgen.

In namentlicher Abstimmung, die aus leicht ersichtlichen Gründen von den Deutschnationalen gefordert worden war, wurde schließlich das Minderheitsgutachten, nachdem sich noch von den Antisozialisten Wirth für dessen Annahme eingesetzt hatte, von den Bürgerlichen, einschließlich der drei USPs, abgelehnt. Gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und der Kommunisten mit vier Stimmen Mehrheit angenommen. Von den bürgerlichen Parteien hat die Sozialdemokratie, namentlich im Verwaltungsrat der Straßenbahn ein Teil ihrer Vertreter bisher immer gegen die Verleihung der Beamtenstellung gestimmt, keine andere Stellung vor der Öffentlichkeit der Tribüne erwartet, unermüdlich bleibt aber die Haltung der Antisozialisten, besonders nach den Erklärungen ihres Vertreters Wirth am gestrigen Abend.

Stadtväterentscheidung vom 3. März 1927

Der Verwaltungsrat der Straßenbahn teilte mit, daß er auf den Antrag Herrn (Soz.) beschließen habe, die Autobuslinie D nach Malsb.-Mitt. ohne Änderung des Fahrplans bis zum Sedanplatz zu verlängern und den Umsteigeverkehr von der Omnibuslinie D auf die Omnibuslinie A und die Straßenbahnlinien 1 und 11 zuzulassen. Der Beschluß ist bekanntlich schon durchgeführt.

Eine laune Ausrede

Vor Eintritt in die Verhandlungen gab der deutschnationale Stadtvater folgende Erklärung ab: „Durch die Hütter ist in den Berichten über die letzte Sitzung ein Mißverständnis entstanden. Ich hätte dem Vorgesetzten, Herrn Dötsch, „Gutachten“ zugeordnet. Dies stimmt nicht mit den Tatsachen überein. Ich habe meiner Empörung über das meiner Ansicht nach unangenehme Verhalten des Vorgesetzten meine Entschlossenheit gegenüber Luft gemacht, wobei der genannte Ausrede allerdings vorlag. Ich sehe nicht an, zu erklären, daß es mir ferngeliegen hat, Herrn Dötsch zu beleidigen, und ich nehme mich nicht mit Bedauern zurück.“

Durch Wechselschluß erfolgt wieder die völlige Freigabe der Tribünen.

In den Kreisaußschuß wurden gewählt: Stadtv. Reithold (Soz.) und Stadtv. Vertold (Dnat. Sp.) als Stellvertreter und Schrapel (Komm.) und Doll (D. Sp.) als Stellvertreter.

Für Fortführung der Schulindexspezierung wurden 200000 M. bewilligt.

Die Vorkauf-Rückzahlung

Der Rat teilte mit, daß die Verhandlungen mit den Gewerkschaften und dem Betriebsrat wegen Rückzahlung eines im letzten Jahr an den Arbeiterwohnstätten 1925 gewährten Vorkaufes zu folgendem Ergebnis geführt haben: 1. von der Fortführung der Hälfte des den städtischen Arbeitern und den

nicht vom Aussehen betroffenen Saisonarbeitern der Wohnstätten gewährten Vorkaufes von 20 M. wird abgesehen, 2. soweit bereits mehr als die Hälfte des gewährten Vorkaufes getilgt ist, ist der Restbetrag den Vorkaufnehmern wieder zurückzugeben, 3. den Arbeitern und Arbeiterinnen, die den Vorkauf nicht genommen haben, wird ein Ausgleich in Höhe von 1/2 des Vorkaufbetrages gewährt.

Die Entscheidung über Einführung der Fernmittelfreiheit an den Dresdner Schulen wurde bis Ende 1927 zurückgestellt. Gleichzeitig wurde aber der Rat ersucht, dafür zu sorgen, daß den Schülern und Schülerinnen, deren Eltern bedürftig sind, die Fernmittel bereits jetzt unentgeltlich geliefert werden.

Bedenkliche Nachbewilligungen

Zwei Ratvorlagen forderten die nachträgliche Bewilligung von 20000 M. für besonders bringende Unterhaltungsarbeiten am Kreis 1 der Grozmarktstraße sowie Bewilligung des Nachaufwandes von 18553 M., der gegenüber den zur Erweiterung der Kuranlage in Weiher Girsch bewilligten 57200 M. entstanden ist. Der Verwaltungsausschuss empfahl, nach den Vorlagen zu beschließen, im übrigen aber den Rat zu ersuchen, in Zukunft Vorlagen dieser Art zeitiger an die Stadtväter zu gelangen zu lassen bzw. das Bekommen des Kollegiums über die unverhältnismäßig hohe Uebererschreitung des Voranschlags auszusprechen. In der Aussprache kritisierte Genosse Freund die Uebererschreitungen besonders im Falle der Erweiterung des Konzertplatzes in Weiher Girsch, wo eine gewisse Fahrlässigkeit bei der Durchführung der Arbeiten in Betracht kommt, und verlangt vom Rat peinlichste Rekapitulation des Etats- und Nachprüfungsrechtes der Stadtväter. Die SPD-Fraktion werde dem Ausschussgutachten zustimmen, betone aber ausdrücklich, daß sie in Zukunft derartigen Vorlagen mit besonderer starker Kritik gegenübersehen werde.

Stadtvater Wolf bemerkte, daß es sich im Falle Weiher Girsch um Erfüllung von Einverleibungsbedingungen gehandelt habe. Die Kosten seien auf das denkbar niedrigste Maß zurückgeführt worden. Für die Uebererschreitung des Kostenschätzungsrechtes der Stadtväter, der dabei zu bedenken gab, daß es sich um einen Sonderfall handle, den Beamtenabbaubeamten zuzurechnen. Die Ausschussgutachten wurden gegen wenige Stimmen zum Beschluß erhoben.

In einer anderen Ratvorlage wurde vorgeschlagen, a) von der Kennvorschrift wegen Einrechnung wahlfreier Stunden in die Pflichtstundenzahl der Lehrer an den Volks- und Berufsschulen

keinen Gebrauch zu machen und diese Stunden auch weiterhin als Ueberstunden zu vergüten, b) im übrigen aber der Standpunkt zu vertreten, daß der wahlfreie Unterricht einen wesentlichen Bestandteil der allgemeinen Volks- und Berufsschulbildung ausmacht, zu dem der Staat die Kosten zu tragen hat, und in diesem Sinne beim Ministerium wegen Abänderung der betreffenden Bestimmungen des Schulbedarfsgesetzes vorstellig zu werden.

Das Kollegium stimmte dem ohne Bericht und Aussprache zu, ersuchte hierüber aber den Rat, beim Volksbildungsausschuss mit Rücksicht hinzuwirken, daß vom Beginn des nächsten Schuljahres an eine angemessene Erhöhung der Ueberstundenlöhne eintritt.

Die Befoldungs- und Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner

Der Rat teilte mit, daß zu dem Beschlusse der Stadtväter vom 28. März 1925, die Wiederbesetzung der hauswirtschaftlichen Stellen der Straßenbahn (Schaffner und Führer, Oberkassierer, Kontrollleute, Kassenschriftführer) durch die Wiederbesetzung aller offenen Jahresarbeitsstellen (Schaffner und Führer) in Gruppe 3 unerledigt sei, wozü die Erörterungen noch nicht abgeschlossen seien, und daß die in dem Beschlusse mitbezeichneten Oberkassierer, Kontrollleute und Kassenschriftführer inzwischen alle besetzt, ja sogar neue derartige Stellen begründet und besetzt worden seien. Weiter zeigte der Rat an, daß er zu dem Beschlusse, der die Ueberführung sämtlicher Straßenbahnbeamten aus Gruppe 3 nach Gruppe 4 zum Ziele hat, beschließen habe, von der ablehnenden Stellungnahme der Aufsichtsbeförde Kenntnis zu nehmen.

Wit der Angelegenheit hatte sich auch ein Antrag Ullig und Genossen (Soz.) vom 20. Mai 1926 beschäftigt, der die Einreichung der beamteten Straßenbahnführer, Schaffner, Signal- und Streckenwärtinnen in Gruppe 4 nach zehnjähriger Dienstzeit in Gruppe 5 forderte.

Der Rat kündigte eine Vorlage über die bevorstehende Umorganisation der Straßenbahn an, wobei zugleich auf eine den Leistungen und der Verantwortung der einzelnen Stelleninhaber im technischen und Verwaltungsdienste mehr als bisher entsprechende systematische Einweisung in die Befoldungsordnung Bedacht genommen werden soll.

Der Verwaltungsausschuss schlug vor: 1. von dem Rat die Kenntnis zu nehmen, 2. hierüber aber den Rat zu ersuchen, in Verfolg des Restes aus den verschiedenen Beschläffen der Stadtväter und des Antrages Ullig

- jene Straßenbahnbeamten, die zur Zeit nach 10 Befoldungsdienstjahren immer noch in Gruppe 4 der Befoldungsordnung eingeordnet sind, sofort nach Gruppe 5, nach insgesamt 15 Dienstjahren aber nach Gruppe 6 zu überführen,
- Kontrollleute und Bahnhofsassistenten nach 10 Befoldungsdienstjahren aus Gruppe 5 nach Gruppe 6 zu überführen,
- die dienstältesten aus Gruppe 5 nach Gruppe 6 zu überführen, 2 Vorkaufsoberkassierer (2 Betriebs- und 2 Verkehrsüberkassierer) zu selbstbestimmten Inspektoren zu ernennen und sie aus der Gruppe 6 nach Gruppe 7 zu überführen sowie den dienstältesten Bahnhofsvorleiter und die zwei dienstältesten Oberassistenten ebenfalls aus Gruppe 6 nach Gruppe 7 zu überführen,
- den Bahnhofsvorleiter, mindestens aber die fünf dienstältesten davon, aus Gruppe 7 nach Gruppe 8 zu überführen,
- bei den jedenfalls nötigen mündlichen oder schriftlichen Verhandlungen mit der vorgesetzten Behörde die Notwendigkeit der HöherEinstufung beizubehalten, daß mit größter Wahrscheinlichkeit eine Zustimmung erfolgt,
- den Streckenwärtinnen des Jahrdienstes im Interesse größerer Sicherheit für diese Beamten eine Uniform zu geben, die sie schon von weitem als zum Streckendienst gehörig kennzeichnet und ihnen auf ihrer Dienstmarke auch freie Fahrt in Zivil zu gewähren,
- auch die technischen Beamten, und zwar Lagerhalter, Wagenmeister, Techniker, Oberwerkmeister um eine Gruppe zu heben,
- die achtstündige Arbeitszeit bald wieder einzuführen.

Ein Minderheitsgutachten Frabe (Dnat. Sp.) verlangte außerdem, doch nun endlich alle Beamtenstellen der Straßenbahn, soweit noch unbesetzt, aus dem Tarifpersonal heraus zu besetzen.

Genosse Ullig: Die sozialdemokratische Fraktion hat durch ihre wiederholten Anträge das Kollegium gewonnen, sich stets mit den Straßenbahnerverhältnissen zu beschäftigen. Dabei haben wir immer in den Vordergrund den Gesichtspunkt gerückt, daß die Leistung des Straßenbahners zu niedrig bemertet wird. Mit Hilfe der sozialdemokratischen Fraktion ist es immerhin gelungen, die Straßenbahner wenigstens in die Befoldungsgruppe 8 zu bringen, während der Rat die Gruppe 2 vorgezogen hatte. Im Laufe der Zeit ist es dann gelungen, einen Teil der Leute in Gruppe 4 hineinzubringen. Die Gesamtsituation der Straßenbahner und die dienstlichen Anforderungen, die an sie gestellt werden, haben sich seit 1921 ganz wesentlich geändert. Der Gesamtverkehr auf der Straße hat eine völlige Umwälzung erfahren. Der Straßenbahner muß infolgedessen seine Energie auf den Verkehr und auf das Verhalten des Publikums konzentrieren. Die starken dienstlichen Anforderungen müssen sich naturgemäß in einer besseren Bezahlung ausdrücken. Das will unser Antrag, dessen Verhandlung im Ausschuss seit ein Jahr beantragt hat. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß alle Beamten aus der Gruppe 8 heraus müssen, weil sie eine wirkliche Bezahlung aus der Gruppe 8 heraus müssen. Der Nachaufwand durch die Aufhebung der Straßenbahner in die höhere Gruppe ist für die Straßenbahn auch durchaus tragbar. Jetzt bekommt ein Straßenbahner in Gruppe 8 nach zehnjähriger Dienstzeit 112,50 M. Grundbesoldung und nach Aufzählung in Gruppe 4 nach zehn Dienstjahren 124 M. Grundbesoldung, also 11,50 M. mehr monatlich. Das sind Beträge, die wirklich nicht die Straßenbahn bankrott machen und auch keine Tarifserhöhung bedingen können. Die Straßenbahner verzichten darauf, Beamte zu werden, wenn sie die Beamteneigenschaft mit geringeren Lohn erkaufen sollen. Ein großer Teil der Straßenbahner erreicht überdies gar nicht das pensionsfähige Alter. Die Straßenbahner sollten sich eine starke Organisation schaffen, mit deren Hilfe sie ihre Löhne noch weiter erhöhen. Der Unterstützung durch die sozialdemokratische Fraktion werden sie dabei sicher sein. Bei gutem Willen kann die Straßenbahndirektion den Wünschen ihrer Angestellten nachkommen, um so mehr als eine Vergleichsgruppe beim Staat nicht vorhanden ist. Eine ebenso große Bedeutung wie die Befoldung hat die Arbeitszeit der Straßenbahner. Deshalb haben wir im Prüfungsausschuss den Antrag gestellt, in das Gutachten den Achtstundentag aufzunehmen. Der Standpunkt des Rates, daß die Achtstundentage an den Endstationen nicht als Arbeitszeit zu berechnen sind, ist nicht haltbar, da der Straßenbahner in der Wendezeit allerhand dienstliche Verrichtungen zu verrichten hat. Wir verlangen von Ihnen (nach rechts), daß Sie unserer Forderung zustimmen, aber nicht bloß ein Pappensteinticket zum Achtstundentag, das für den Rat bedeuten würde, daß Sie ihm nicht böse sein werden, wenn er den Achtstundentag nicht einführt. Das Minderheitsgutachten werden wir ablehnen, weil es nicht im Interesse der Straßenbahner liegt.

Stadtvater Dr. Fischer bezeichnete es als unmöglich, eine einzelne Befoldungsgruppe aus dem Rahmen der Befoldungsordnung herauszunehmen und vollständig umzugruppieren. Das Durchschnittsgehalt der Straßenbahner (mit Zulagen) stelle sich in Gruppe 3 auf 202,40 M. und in Gruppe 4 auf 222,80 M.

Stadtvater Dr. Albrecht erklärte, daß die Arbeitszeit der Straßenbahner nicht drücklich geregelt werde, sondern durch Tarifvertrag für das ganze Reich.

Dann mußte das Kollegium stundenlang neben der Beamtenvertreter, anhören, wobei sich der deutschnationale Müller, der Aufwärtler Bertram, der Demokrat Wirth und der Sozialpartei Wötter gegenseitig überboten. Am deutlichsten verriet Herr Müller, worauf es diesen Rechtsisten im Grunde ankommt. Diese deutschnationale „Größe“ behauptet bei großer Heiterkeit auf der linken Seite des Hauses, daß ein ganz besonderes Freueverhältnis die Beamten von den Angestellten unterscheidet. So (!) werde auch die Möglichkeit eines Streikes ausgeschlossen, der mit der Sicherheit eines lebenswichtigen Betriebes der Stadt vereinbar sei.

Herr Wirth von der USP erklärte, sowohl für das Ausschussgutachten als auch für das Minderheitsgutachten stimmen zu wollen (!), weil die Straßenbahner ohne Unterschied die Beamteneigenschaft erstreben.

Genosse Kisterbusch hing der Sache die Schelle um, indem er mit den sogenannten Beamtenvertretern entsprechend abrechnete. Die rechte Seite des Hauses hatte nämlich namentlich die Abstimmung über das Minderheitsgutachten beantragt, in der ausgesprochenen Absicht, die Linke als Gegner der Beamtenverbesserung der Tarifschaffner anzunehmen. Die bürgerlichen Beamtenvertreter hatten es so hingestellt, als ob für die Geltung der Linke die Befürchtung einer Affluktion aus den Gemeindefunktionen maßgebend wäre. In Wirklichkeit liegen die Dinge aber so, daß die Bürgerlichen von der Beamtenverbesserung der Tarifschaffner einen wesentlichen Zuwachs für ihren Gemeindebeamtenbund erwarten und sich deswegen so mächtig für das Minderheitsgutachten ins Zeug legen. Kisterbusch erinnerte daran, daß die Sozialdemokratie, sei es in den Gemeindeparsamenten, im Landtag oder im Reichstag, immer wieder Initiativentwürfe einbrachte, daß die wohlverdienten Beamtenrechte nicht rückwärtslos beseitigt werden dürfen. Den Beamtenabbaubau habe nicht eine Linkeregierung angeordnet, sondern eine Koalitionserregierung, die zudem nicht möglich gewesen wäre, wenn sie nicht eine bürgerlich einseitige Reichstagsmehrheit gefunden hätte. Die Sozialdemokratie sei durchaus für Wahrung der Beamtenrechte und sei es immer gewesen, sie sei auch nicht einseitig gegen das Berufsbeamtentum. Hier handele es sich aber um etwas ganz anderes. Bisher mußten die Beamtenpensionen aerobea erhintert werden, besonders in den ersten zehn Dienstjahren. Wir halten das nicht für angebracht, weil die Beamten in diesen Dienstjahren aerobea nur Interesse annehmen werden. Der überausen Anseh der Tarifschaffner ist eine bessere Bezahlung lieber als die Unfähigkeit eines früheren Pensionsanspruches gegen die öffentliche Erhaltung. Nebenbei haben auch die Tarifschaffner eine gewisse Sicherheit durch die Rubelordnung. Kisterbusch stellte noch fest, daß im Verwaltungsrat der Straßenbahn die bürgerliche Mehrheit die Schaffung und Auffüllung von Beamtenstellen immer abgelehnt hat, während hier im Kollegium die Bürgerlichen aus Angst vor ihren Wählern eine namentliche Stellung einnehmen. Am Gegenfah hierzu fordert die SPD, eine ausbreitende Bezahlung für die Straßenbahner, die ihnen nach ihrer anstrengenden Tätigkeit zukommt.

Nach weiterer Aussprache wurde das Minderheitsgutachten mit 20 gegen 35 sozialistische und kommunistische Stimmen angenommen und davon auch das Ausschussgutachten (einstimmig) zum Beschluß erhoben.

Auf Antrag des Genossen Sobla wurde gegen 11,30 Uhr nachts die Sitzung abgebrochen. Die Tagesordnung war trotz der vorgerückten Zeit noch lange nicht aufgearbeitet.

Beim Nachfüllen von MAGGI Würze

achte man darauf, daß die Würze aus Maggi's großer Originalflasche gefüllt wird; denn in diesen Flaschen darf gefehlich nichts anderes als Maggi's Würze feilgehalten werden.

Nachfüllbreite: Größe Nr. 0 1 2 3
RM. - 22 - 48 - 65 1.25



Gegen die Mieterhöhung

Die sozialdemokratische Fraktion brachte folgenden Antrag im Landtag ein:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken:

1. daß die beabsichtigte Erhöhung der Friedensmiete unterbleibe.
2. Falls sie damit keinen Erfolg hat, dafür einzutreten, daß der Gesamtvertrag der Mieterhöhung für den Wohnungsbau Verwendung findet, soweit er nicht auf Grund des § 27 der Dritten Straßensatzverordnung und § 4 des Aufwertungsgesetzes vom 16. Juli 1923 zur Verletzung des im Wohngrundstück angelegten Kapitals gebraucht wird.
3. Falls den Ländern die Bestimmung über die Bewertung der Mieterhöhung überlassen bleibt, dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, das die Verwendung der Mieterhöhung für den Wohnungsbau sichert.
4. Maßnahmen zu treffen, um Fürsorgeberechtigte, Sozialrentner und Erwerbslose für eine etwaige Mehrbelastung, die ihnen durch die Mieterhöhung entsteht, schloßlos zu halten, soweit sie nicht unter die Befreiungsvorschriften des Gesetzes über den Wertverteilungsausgleich bei bebauten Grundstücken (Aufwertungsgesetz) vom 15. April 1926 fallen.

Arzt
und 30 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion.

Erhöhung der Aufwertungszinsen eintrete, die schon jetzt berücksichtigt werden müsse. Außerdem fehlten der Regierung die zum Wohnungsbau notwendigen Mittel, und die Regierung werde infolgedessen eine Erhöhung der Miete auf 110 bis 120 Prozent der Friedensmiete in Erwägung ziehen, ein Mehrbetrag, der fast ausschließlich zum Wohnungsbau verwendet werden müsse. In eine völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft sei in Sachsen weder für Wohnräume noch für gewerbliche Räume zu denken, es könne höchstens wegen werden, ob nicht die besonders teuren Wohnräume aus dem Anwendungsgebiet des Wohnungsmangelgesetzes, nicht aber des Mieterkaut- und Reichsmietengesetzes, herausgenommen werden könnten und ob nicht eine Lockerung der Bestimmungen für besonders teure gewerbliche Räume eintreten könne. Die Sächsische Mieterzeitung behauptet, daß trotz allen Dementis in Sachsen die Absicht bestände, große Läden und große Wohnräume von einer gewissen Miethöhe an aus dem Mieterkaut herauszunehmen. Anzeichen bestände die Wirtschaftspolitik auf der Erfüllung der Zusagen, die ihr bei der Regierungsbildung gemacht worden seien.

Die Anträge zeigen, daß die sozialdemokratische Fraktion des Sächsischen Landtages stets auf der Wacht ist, um das zu tun, was im Interesse der Mieter notwendig ist. Die Sozialdemokratie steht auf dem Standpunkt, daß eine Mieterhöhung jetzt überhaupt nicht einzutreten braucht und nicht eintreten darf. Daß es eine grobe Unbilligkeit gegen die Mieter wäre, wenn schon jetzt zugunsten der Hausbesitzer eine Mieterhöhung vorgenommen würde, haben wir schon mehrfach dargelegt. Erst vom 1. Januar 1928 an ergibt sich für die Hausbesitzer eine höhere Belastung dadurch, daß die auswertenden Hypotheken statt mit 3 mit 5 Prozent verzinst werden und dann wird allerdings eine Mieterhöhung von 8 bis 9 Prozent notwendig. Vorher besteht kein Anlaß, den Hausbesitzern auch nur einen Pfennig mehr zu geben, als sie jetzt haben. Den Hausbesitzern steht beinahe die Hälfte der Friedensmiete, 47,5 Prozent für Hausinstandhaltung und Hausverwaltung zur Verfügung, während in der Vorkriegszeit nur 10 bis 20 Prozent der Miete für derartige Zwecke verwendet werden konnten, denn 4 bis 5 Sechstel der Miete wurden allein für den Mietstandort gebraucht.

Solange die gegenwärtige Reichsaufwertungsbekämpfung besteht, haben allerdings Länder und Gemeinden nicht die Möglichkeit, auf den Teil der Mietzinsteuer, der heute für allgemeine Zwecke verwendet wird, zu verzichten, da sie bei ihrer geringeren Bewegungsmöglichkeit auf dem Gebiet der Steuererhebung den entstehenden Ausfall kaum ersetzen können. Trotzdem sind wir der Meinung, daß auch zur Vermehrung der Mittel für den Wohnungsbau eine Erhöhung der Mieten über 100 Prozent hinaus heute nicht in Frage kommen sollte. Es besteht sehr wohl die Möglichkeit, die Mittel aus der Mietzinsteuer erheblich zu strecken, indem man es durch einen Zinsrückkauf möglich macht, daß verhältnismäßig hohe erste Hypotheken für die neuerbauten Wohnungen aufgenommen werden. Das Angebot auf dem Kapitalmarkt ist heute so reichlich, daß an solchen Hypotheken kein Mangel besteht. Ein Hindernis für die Aufnahme höherer erster Hypotheken besteht nur in den hohen Zinsen, die in der Miete nicht getragen werden können. Dieses Hindernis kann aber durch Zinszuschüsse wegeräumt werden. Außerdem dürfte es bei gutem Willen möglich sein, für den Wohnungsbau eine größere Summe auf dem Anleiheplatz zur Verfügung zu stellen. Der stärkste Widerspruch muß gegen den Plan erhoben werden, die großen Läden und die großen Wohnräume aus der Zwangswirtschaft herauszunehmen. Nimmt man erst einmal heraus, so besteht die Gefahr, daß der ganze Bau ins Wasser kommt. Die Leute, die in den großen Wohnräumen wohnen, sind heute häufig verarmt und würden gezwungen sein, ihre bisherigen Wohnungen zu verlassen, wenn die Mieten dieser Wohnungen erheblich stiegen. Dadurch aber würden wieder für die Wohnungsämter Schwierigkeiten entstehen, sie müßten den Leuten aus dem unzureichenden Vorrat an kleineren und mittleren Wohnungen einen Ersatz zur Verfügung stellen; trotzdem würden sie über die verlassenen großen Wohnungen, wenn diese der Wohnungswirtschaft nicht mehr unterliegen, nicht verfügen können und in diese Wohnungen jagen vielfach Leute hinein, die sonst überhaupt noch keine Wohnung bekämen. Bei den gewerblichen Räumen kann die bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft zu erwartende Mieterhöhung leicht dazu führen, daß Geschäftsbetriebe geschlossen werden müssen und dadurch werden nicht nur ihre Inhaber geschädigt, sondern auch die Angestellten, die dann ihre Arbeitsstätte verlieren.

Notwendig ist, wie schon mehrfach betont, daß dem Wohnungsbau größere Summen zugeteilt werden. Aber das Reich könnte die notwendigen Summen beschaffen, wenn es bestimmte, daß die heute bestehende Mietzinsteuer von 40 Prozent im vollen Umfang für den Wohnungsbau verwendet wird und durch Erhöhung der Besitzsteuern den Ländern und Gemeinden Erlös für die ausfallenden Einnahmen schafft. Wenn nun aber die Mieterhöhung nicht verhindert werden kann, so ist die Forderung um so mehr berechtigt, daß der ganze Ertrag der Mieterhöhung wenigstens für den Wohnungsbau Verwendung findet.

Einer Abordnung des Bezirksverbandes vogtländischer Mietervereine, Eitz Blauen, die im Wohlfahrtsministerium vorprobiert, gab Ministerialdirektor Dr. Kittel eine Erklärung ab, die er allerdings als seine private Ansicht bezeichnete und in der er etwa folgendes ausführte: Von einer Erhöhung der Friedensmiete auf 140 bis 150 Prozent könne keine Rede sein. Er glaube jedoch nicht, daß jede Erhöhung abgelehnt werde, da Sachsen nicht vollständig außerhalb des Rahmens der übrigen Länder stehen könne und da auch eine

Achtung, Polizeibeamte!

Anlässlich des Verbandstages des Verbandes Sächsischer Polizeibeamten am 10. März 1927, abends 8 Uhr, im Schwarzen Adler ihre Jahresversammlung ab. Zur Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Landtagsdirektors Reu, Leipzig, sowie Wahlen und Verschiedenes. Delegierten des Verbandstages, die Mitglieder der SPD, sind diese zu werden. Zutritt ist nur gegen Mitgliedsbuch der SPD gestattet.

F. A. Hennig, Leipzig.

breitet wurde (Genosse Amborn war Spitzenkandidat der SPD, seinem Wahlbezirk), sollte natürlich ihren bestimmten politischen Zweck erfüllen, den sie jedoch nicht erfüllt hat, denn Leipzig bekam eine sozialistische Regierungsmehrheit.

Der genehmigte Haushaltplan. In unserm Jüdauener Parteihausplan der Stadt Jüdau für das Jahr 1928 — der von der Mehrheit des Stadtverordnetenkollegiums abgelehnt worden ist —

kommunistische Anträge im Landtag. Die Kommunisten haben im Landtag eine Anzahl Anträge gestellt, die sich mit dem Schutz der jugendlichen Arbeiter beschäftigen. Die Hauptinhalte dieser Forderungen, die durch das Land Sachsen verabschiedet werden können. So fordern die Kommunisten z. B. die Verlegung eines Gesetzentwurfs, der ein Verbot der Kinderarbeit, eine Befreiung der täglichen 18 Jahren enthält, alles Forderungen, die nur durch ein Reichsgesetz durchgeführt werden können. Außerdem fordern sie die Schaffung von Jugendberufshilfen zur Verfügung gestellt werden sollen, die Aufhebung der Zwangsfürsorge, die Verlegung des Unterricht in den Fortbildungsschulen auf Sonntag, die Verringerung der Fortbildungsschulen und außerdem Unterricht in Fortbildungsschulen und außerdem für die Fortbildungsschulen die Einführung von Schülerrenten und Klassenvertrauensleuten zur Ausübung der Mitbestimmungsrechte.

Karl Marx-Platz statt Augustusplatz. In der Leipziger Stadtverordnetenversammlung wurde mit den sozialistischen kommunistischen Stimmen ein kommunistischer Antrag angenommen, den Augustusplatz in Zukunft Karl-Marx-Platz zu nennen. Ein sozialdemokratischer Antrag, dem Platz den Namen „Platz der Republik“ zu geben, war vorher von den Bürgerlichen und von den Kommunisten abgelehnt worden.

Die Weißner Drehräder. Wir brachten am Mittwoch die Nachricht, daß in Weißna eine Drehräder über die Erde gebaut worden sollte. Wie sich jetzt herausstellt, handelt es sich dabei um einen Bau nachsächsischer des Weißner Tagblattes.

Planen. Kollision eines Flugzeuges. Bei Güterfürst wurde das Flugzeug E 789, Doppeldecker der Sportfluggesellschaft m. B. O. Rühl, infolge Motorfehlers eine Kollision vermeiden. Das Flugzeug wurde so beschädigt, daß es abmontiert und auf die Eisenbahn verladen werden mußte. Personen wurden nicht verletzt.

Wagen. Autounfall. Einem Kraftwagen aus Chemnitz besaß in der gefährlichen Chemnitz Straße die Verkehrsrichtung der Wagen faule mit voller Wucht auf der steilen belebten Straße rüber und in das Schaufenster eines Schuhwarengeschäfts. Während das Schaufenster völlig zerstört wurde, konnte durch eine darin befindliche starke Eisenkette größeres Unheil vermieden werden. Ein zwölfjähriges Mädchen wurde durch Schermetall erheblich verletzt und mußte sofort ärztliche Hilfe anfordern.

Stierwerde. (Schadenfeuer.) Ein großes Schadenfeuer zerbrach im benachbarten Pröden die Werkstatt und die Lagerräume einer Tischlerei. Sämtliche Maschinen, Werkzeuge und Borräte verbrannten. Nur mit Mühe konnte das Unheil gestoppt werden und die benachbarten Gebäude verbleiben.

Ramen. (Zum Pastrafwagen gestiehl.) Am Sonnabend nachmittag geriet auf der Straße Ramen-Strahgraben ein Pastrafwagen unter ein Lastauto. Der alte Mann fuhr von einem Besuch aus Elstra mit dem Pastrafwagen. Vermutlich um einem entgegenkommenden Pastrafwagen mit Anhänger besser ausweichen zu können, fuhr er nach rechts ab, kam dabei aber so unglücklich an, daß er von dem Lastwagen erfasst und in eine Straße mit fortgeschleift wurde. Der Verkehr wurde in bedenklichem Zustande aufgehoben und der Pastrafwagen zum Schaden für Ramen, angefahren.

Kleinandrern. (Im Steinbruch abgeführt.) Bei dem Abräumen gesprengter Basaltmassen in einem 30 Meter tief liegenden Steinbruch der Schreiber Basaltwerke stürzte ein Arbeiter in die Tiefe. Anzeichen war das Leibfell zu sehen und hielt das Körpergewicht des Arbeiters nicht aus. Bei dem Sturz in die Tiefe erhielt der Arbeiter schwere innere Verletzungen. Er mußte dem Richter Krankenhaus zugeführt werden.

Künstlicher Sportbericht vom 4. März

Vericht der Sächsischen Landeswetterwarte

Altenberg: Bedeckt, schwacher Nordwest. — 1 Grad, 5 cm Schnee. St. und Nebel im Laufe des Tages.

Zinnwald-Großenfeld: Bedeckt, lebhafter West. — 2 Grad, 40 cm Schnee. St. und Nebel im Laufe des Tages.

Oberwiesenthal: Bedeckt, schwacher West. — 1 Grad, 20 cm Schnee. 5 cm Reifschnee. St. und Nebel gut.

Hahnbühl: Bedeckt, stürmischer Nordwest. — 3 Grad, 100 cm Schnee. 6 cm Reifschnee. St. und Nebel gut.

Auerberg: Bedeckt, lebhafter West. — 1 Grad, 40 cm Schnee. Verschneit. St. und Nebel möglich.

Zugverbindungen für den Winterportverkehr

Sonnabend den 5. und Sonntag den 6. März 1927 sollte für auf weiteres bestehen von Dresden nach Altenberg, Ripsdorf, Bräunchen und Molbau und zurück keine besonderen Winterportzüge.

Sachsen

Gefahren für die Volksschule

Der Leipziger Lehrerverein hat in seiner letzten Versammlung folgende Entschlüsse angenommen:

Der Leipziger Lehrerverein begrüßt es, daß durch die Verhandlungen des Volksbildungsausschusses vom 4. Januar und 8. Februar 1927 die Frage der m. i. l. i. e. n. M. e. i. s. e. für die gehobenen Abteilungen der Allgemeinen Volksschule geregelt worden ist. Er ist insbesondere mit der Abgangsprüfung und der Art ihrer Durchführung einverstanden. Ganz entschieden ablehnend muß er aber die Aufnahmeprüfungen, die Jahresprüfungen für das 5. bis 8. Schuljahr und vor allen Dingen das Zusammenziehen der gehobenen Abteilungen in geschlossene Klassenzüge in bestimmten Schulen. Nach dem Gesetz sind die gehobenen Abteilungen der Allgemeinen Volksschule. Die Allgemeine Volksschule kennt keine Prüfungen. Durch die Aufnahmeprüfungen und durch die Jahresprüfungen auch schon für das 5. bis 8. Schuljahr werden die gehobenen Abteilungen der Allgemeinen Volksschule den höheren Schulen sehr ähnlich gemacht und tatsächlich aus dem Rahmen der Allgemeinen Volksschule herausgehoben. Nach mehr als einhundert Jahren der Durchführung des Interzessits und der Abgangsprüfung ist die Zusammenlegung nicht notwendig. Wohl aber wird durch das Zusammenlegen die bisherige Entwicklung der gehobenen Abteilungen abgebrochen, statt zu einer vertieften Weiterbildung für die Zusammenlegung zu einer Verflachung der Allgemeinen Volksschule. Der Leipziger Lehrerverein erwartet von der Regierung und vom Landtag, daß die Verordnung vom 8. Februar 1927 in diesem Punkt zurückgezogen und abgeändert wird.

Folgen der Landtagsberatung

Der Leipziger Lehrerverein hat ferner folgende Entschlüsse angenommen: Der Landtag ist bis zum 9. März vertagt worden, ohne daß vorher die Frage der Pflichtstunden geregelt worden ist. Die Folge davon muß sein, daß die Schulleistungen die Stundenpläne für das Schuljahr 1927/28 nicht rechtzeitig fertigstellen können, daß die Anweisung der Lehrkräfte nicht rechtzeitig erfolgen kann, und daß wiederum, wie bereits in den vergangenen Jahren, zu Beginn des neuen Schuljahres wochenlang kein geordnetes, planmäßiges Unterrichts möglich ist. Der Leipziger Lehrerverein lehnt vor Schulbehörden und Öffentlichkeit jede Verantwortung für solche, der Arbeit und dem Ansehen der Volksschule schädliche Zustände ab. — Der Lehrerverein sollte sich einmal erkundigen, wer für die Vertagung des Landtages die Verantwortung trägt.

Lehrerschaft und Beamtenabbau

Vom Dresdener Lehrerverein wird uns folgende Zuschrift übersandt:

Am 31. März 1927 tritt das Beamtenabbaugesetz in Kraft. Die Lehrerschaft hat bei der Einführung der Abbau als einzige Beamtenkategorie eine Erhöhung ihrer Pflichtstundenzahl auf sich genommen, nachdem berichtet worden war, daß diese Erhöhung nur eine vorübergehende Maßnahme sei. Nach der Erklärung des Volksbildungsministeriums im Landtag muß die Lehrerschaft leider annehmen, daß das Ministerium nicht gewillt ist, auf die Wiederherstellung des Schulbedarfsgesetzes am 1. April zu dringen. Der Dresdener Lehrerverein erhebt Einspruch dagegen, daß der gesetzliche Zustand der Lehrerschaft vorerhalten, daß die Lehrerschaft nach der Aufhebung des Beamtenabbaugesetzes weiter unter ein Abbaugesetz gestellt werden soll. Die Lehrerschaft erwartet von der Regierung und Landtag, daß sie auch für die Lehrerschaft das Abbaugesetz aufheben und den gesetzlichen Zustand des Schulbedarfsgesetzes wiederherstellen.

Zurückgewiesene Verleumdung

Durch die bürgerliche Presse, allem voran die Leipziger Neuesten Nachrichten und die volksparteiliche Sachsenstimme, ging vor einigen Tagen eine Notiz, in der behauptet wurde, gegen den Bürgermeister von Burghausen, den Genossen Amborn, sei ein Verleumdung wegen Falschmeldung eingeleitet. Die Staatszeitung, die diese Meldung ebenfalls übernommen hatte, veröffentlicht nun folgende Verichtigung des Genossen Amborn:

Es ist nicht richtig, daß der Bürgermeister Eduard Amborn in Burghausen von einem Maurermeister 3000 M. verlangt hat. Richtig ist vielmehr, daß Amborn nie ein derartiges Verlangen an einen Maurermeister gestellt hat. Es ist nicht richtig, daß sich Amborn von einem Zimmermeister 8000 M. geben ließ. Richtig ist vielmehr, daß Amborn nie ein derartiges Verlangen gestellt, noch einen Pfennig angeboten, erhalten oder angenommen hat.

Wir bedauern, einer irrigen Meldung der Sachsenstimme anheimgefallen zu sein", fügt die Staatszeitung der Verichtigung zu. Die Verleumdung, die am Tage vor der Reichstagswahl ver-

Seit Jahren gehören Jasmatz-Zigaretten zu den besten Erzeugnissen der deutschen Zigaretten-Industrie!

Unter den alten berühmten Marken ist es die beliebte Jasmatz Pteo Zigarette, die jetzt in ganz hervorragender neuer Mischung dem Raucher entzückt und die daher mit Recht ihren Triumphzug durch die Raucherwelt macht.

Jasmatz PTEO zu 5 Pfg.
Allein echt von der G. A. Jasmatz A. G. Dresden

Der Taubstummten Welt und Wünsche

Der Ministerialrat Nitzau, Dresden

Das Leben der Menschen ist so verschieden und dazu oft, wie man meinen möchte, schicksalhaftig gestaltet. Es ist nicht Zweck dieses Aufsatzes, auf die Ursachen des Leidens einzugehen. Wohl dem, der mit vollen Sinnen durchs Leben gehen kann. Schlimmer daran sind jedenfalls in allen Lebenslagen die Menschen, denen Mutter Natur die Vollständigkeit verweigert hat, oder die durch Krankheit, Unglücksfall usw. den einen oder anderen Sinn eingebüßt haben. Es ist nun die Tragik aller dieser Menschen, bei ihren vollstimmigen Wünschen immer wieder auf Verständnislösung zu stoßen, wenn nicht auf Schlimmeres zu stoßen.

Der von Geburt an taubstumme Mensch wird in die Welt der Vollstimmigen hineingestellt. Alles, was das Weltbild umfasst, ist Schöpfung der Vollstimmigen. Sich hier zurechtzufinden, ohne im Besitz aller Sinne zu sein, ist äußerst schwer, wenn nicht unmöglich. Wird auch die Unmöglichkeit sprachlicher Ausdrucksweise heute von der Taubstummenlehre — bis auf wenige Ausnahmen lernen alle Kinder hier die Wortsprache — überbrückt, so sind doch der Verständigung mit der großen Umgebung auch bei günstiger Einstellung Grenzen gezogen. Die Sprachkultur der Hörenden ist nicht so ausgebildet, daß selbst der intelligenteste Taubstumme alles vom Munde ablesen könnte. — Aus vorstehenden Darlegungen geht zugleich hervor, daß die Bezeichnung taubstumme nunmehr ganz korrekt ist; die Kennzeichnung „gehörlos“ ist nicht richtiger.

Es darf nicht verkannt werden, daß die Taubstummenheit Einwirkungen auf die geistige, seelische und sittliche Entwicklung zur Folge hat. Elternhaus und Schule stehen vor den schwierigsten Aufgaben. Diese Aufgaben wachsen mit der Schulentscheidung, wenn die Fragen der Berufswahl und Berufsausbildung zu lösen sind. Unverkennbar ist der Gehörlose in der Berufswahl weit mehr beschränkt als der Vollstimmige. Dennoch scheint mir, daß auf Eignung und Reizung der Taubstummen noch viel zu wenig Rücksicht genommen wird. Wie in der Blindenbildung (sindische „Blindenberufe“ erwidert wurden, so fand man auch bei den Taubstummen besonders „geeignete Handwerke“, bei denen aber des Hörens weder der Meister noch der Lehrende bestrebt wurden. Vielfach ist auch verlangt worden, Gehörlose nicht an Maschinen arbeiten zu lassen. Ganz zu Unrecht. Die Taubstummenlehre weist darauf hin, daß der Gehörlose der Taubstummen durch Auge und Vibrations Sinn zum Teil ersetzt wird und daß wohl der Gehörlose bei den normalen „Arbeitsberufen“ werden kann, nicht aber Auge und Vibrations Sinn der Gehörlosen. Es gibt sicher für Gehörlose viel mehr geeignete Berufe als gemeinhin angenommen wird. Dabei muß auch an die geistigen Berufe gedacht werden. Aus der praktischen Fürsorgearbeit wissen wir, wie oft Unbefähigkeit im Beruf neben anderen Einwirkungen das Meer der Notlagen anstürmen läßt. Die Verantwortlichen müssen immer daran denken, daß in Zeiten schwerer, wirtschaftlicher Erschütterungen und Krisen die Lage der mittelsten Taubstummen ganz besonders schwierig ist. So werden von Klassenoffizieren die Taubstummen am ehesten erfasst. Von der Umwelt vielfach nicht verstanden, auf dem Arbeitsmarkt zurückgesetzt, in dauernder Sorge um die Zukunft auch im vorgerückten Alter, sieht sich der Taubstumme dem Gefühl der Vereinsamung und der Erbitterung aus. Und damit der Schlag mit seinen Folgeredaktionen gegen alle die anderen, die ein glänzendes Geschick mit vollen Sinnen ausstattete. Es ist hoch anzuschlagen, mit wieviel Liebe und unter großen persönlichen Opfern die Taubstummenlehre bisher die zur Fürsorge verpflichtete Gesellschaft entlastet haben.

Neben der Liebeshilfe der Taubstummenlehre trat die private Wohlfahrtspflege, um Einzelnotstände zu mildern oder zu beseitigen.

Erfreulich ist zu sehen, daß die Taubstummen den Gedanken der Selbsthilfe erfasst haben. Der Sächsische Taubstummenbund ist ein Beweis dafür. Ostern 1925 schufen sich die sächsischen Taubstummen noch durch Gründung des Interessenverbandes der Gehörlosen Sachsen, e. V., eine zentrale Organisation. Der Zusammenschluß hat zur Hebung der Rechte, der Gedanken und der — Herzensnot für die Taubstummen eine besondere Bedeutung.

Im sächsischen Wohlfahrtspflegegesetz vom 28. März 1925 sind, auf Grund des einer individualisierten Fürsorge, alle beim Einzelnen durchzuführenden Maßnahmen gesundheitlicher, erzieherischer, sittlicher und wirtschaftlicher Art vorgesehen. Ebenso steht, auch zur Verhinderung der Ertaubung, die Gesundheitspflege. — Von diesen allgemeinen Fürsorgepflichtmaßnahmen werden auch die Taubstummen erfasst.

Zu den Pflichtaufgaben der öffentlichen Wohlfahrtspflege gehört nach dem sächsischen Wohlfahrtspflegegesetz auch die Fürsorge für Taubstumme und Ertaubte. Nach § 65 der Ausführungsvorschriften zum sächsischen Wohlfahrtspflegegesetz vom 20. März 1925 haben alle Behörden und amtlichen Stellen, insbesondere die Schulbehörden, unverzüglich dem Wohlfahrts- und Jugendamt Mitteilung zu machen, wenn sie zuverlässige Kenntnis davon erlangen, daß eine Person taubstumm ist oder zu werden droht, oder hilfsbedürftige Taubstumme oder Ertaubte vorhanden sind. Im § 65 a. a. O. ist die allgemeine Schulpflicht der taubstummen Kinder und ihre Aufnahme in die Taubstummenanstalt Leipzig, die Taubstummenlehre Dresden, oder die Schwerhörigen- und Ertaubtenanstalt in Dresden festgelegt. Als weitere Aufgabe besteht die Pflicht, der Berufswahl der Taubstummen und Ertaubten größte Sorgfalt zu widmen. Für schwer erwerbsfähige Taubstumme und Ertaubte, die noch nicht schwerbeschädigt im Sinne von § 8 oder § 20 des Schwerbeschädigtengesetzes sind, ist nach § 10 dieses Gesetzes bei den Abteilungen für Schwerbeschädigtenfürsorge zu beantragen (§ 65 Ziffer 3 der Ausführungsvorschriften zum Wohlfahrtspflegegesetz). Die allgemeine Anerkennung der Gehörlosen als Schwerbeschädigte ist aber nicht angedeutet, da zum Teil die Voraussetzung des Gesetzes — 50 Prozent Erwerbsbeschränkung — nicht gegeben ist und Ausnahmen an bestimmte Erfordernisse gebunden sind. Dazu betonen die Taubstummen selbst, daß sie als Erwerbsbeschränkte im landläufigen Sinne nicht gewertet werden wollen. Daraus vertrittbar ist die Forderung auf Ausbildung jedes Taubstummen zu einem geeigneten Beruf, da sich erziehungsgemäß der Lebensweg für Angehörte noch schwieriger gestaltet wie für Gelehrte. Die Fortbildungsschulen sollten Internate mit Lehrwerkstätten sein. Daß nach der Schulentscheidung eine Sonderbetreuung, eine besondere materielle und geistige Fürsorge bei Taubstummen nötig ist kann nicht bestritten werden. Vor allem ist nach der Berufsausbildung die Arbeitsbeschaffung die wichtigste Frage. Wenn auch dem Arbeitsnachweiswesen in der Maschinenbeschaffung ein schwieriges Problem erwachsen ist, so darf dennoch das Organisationsgebiet der Arbeitsfürsorge für Erwerbsbeschränkte — also auch für Taubstumme — nicht hinterlassen werden. Die Ausschließung der Taubstummen von vielen bildenden Veranstaltungen verleiht die Forderung auf Sondermaßnahmen und Veranstaltungen für Jugendliche wie für Erwachsene. Die ersten Ansätze sind hier vorhanden. Systeme-

matisch sollten hier mit Hilfe der Lehrer als Dolmetscher den Gehörlosen alle Wissensgebiete erschlossen werden; auch der Besuch von Theateraufführungen ist bei vorheriger Vorbereitung durchaus wertvoll. Zu fördern wäre auch die Sport- und Wanderbewegung dieses Kreises, vor allem der Jugend. Reize für Taubstumme ohne Anhang, Fürsorgeorgane für Alte und Siehe werden ersehen müssen, als Pflichtleistungen der Gesellschaft gegenüber den durch Gehörlosigkeit hart geprüften Mitmenschen.

Das sächsische Wohlfahrtspflegegesetz, in schwerer Zeit geschaffen, wird sich unter der Mitarbeit der Taubstummen mit ihren Organisationen auch zu ihren Gunsten auswirken.

Die Gehörlosen Sachsen mögen aus vorstehenden Darlegungen ersehen, daß ihre Welt schließlich auch die unsrige ist und daß ihre Wünsche auch uns bewegen. In gegenseitigem Verständnis und in gemeinsamer Arbeit werden wir dem Ziele näherkommen.

Die Wünsche der Filmindustrie

Die alarmierende Nachricht, wonach die von der Deutschen Pant beherriichte Ufa (Universal-Film) vom Reich, entweder aufstimmend oder auf geradem Weg, eine Subvention erreichen wollte, hat jetzt die Spitzenorganisation der deutschen Filmindustrie auf den Plan gerufen, um diese nach ihrer Meinung falschen Behauptungen richtigzustellen. In einer Presseerklärung am Montag führte ihr Direktorium aus, daß der Filmindustrie in keiner Weise an irgendwelchen Subventionen gelegen sei, sondern daß sie in der Hauptsache mit der Regierung über zwei Punkte verhandelt, die die Filmindustrie auf der einen Seite steuerlich entlasten und ihr auf der anderen Seite einen größeren Absatz verschaffen sollen. Zu heute noch 15 bis 25 Prozent aller Theatererlöse aufnehmende Ufa ist bereits steuerlich auf die Filmproduktion und die Vertriebskosten der Filmproduktionen mit 240 Millionen Gesamteinnahmen aus sämtlichen Lichtspieltheatern müßten 40 Millionen als Luftfahrtssteuer abgeführt werden. In die Filmproduktion fließe aus diesem Gesamtertrag nur die Summe von 18 Millionen ab, was nach etwa 12 Millionen Erlös aus dem Filmexport zu rechnen wären. Um die Aufnahmefähigkeit der Filmtheater zu steigern, wüßte die Filmindustrie für die Lichtspieltheater entweder Steuerfreiheit oder zum mindesten eine wesentliche Herabsetzung der heutigen Steuerlast. Eine Hauptforderung der Filmindustrie richtet sich auf die beschriebene Förderung des Exports von Filmen. Gerade in diesem Punkte wurde aber klar, daß es der Filmindustrie sehr viel mehr auf eine, wenn auch verlässliche, Subvention ankommt, als auf die Versicherung von Exportförderungen oder mit Staatsgarantien zu verbriefende Filmpatente. Einmal hat die Filmindustrie nämlich gar keine in ähnlicher Weise verlässlichen Waren, wie sie etwa bei dem Ruffenbeut in Frage kommen. Andererseits handelt es sich in ihren Auslandsbeziehungen um Pausen- und Verleihverträge, für die nicht die geringste Möglichkeit besteht, etwa durch Kreditversicherungen das Risiko zu beseitigen. Es kann sich also nur darum handeln, daß die Filmindustrie vom Staat entweder offen Produktionskredite erhält oder aber besondere Vorteile, die ihr die Erlangung von Krediten unter günstigeren Bedingungen ermöglichen.

Es bleibt also dabei, daß die deutsche Filmindustrie der Öffentlichkeit gegenüber ein unrelles Spiel treibt. Dabei mag es behauerlich sein, daß das Schauspiel deutscher Banken mit der Ufa auch der Kredit anderer Filmgesellschaften geschädigt hat. Nebenfalls besteht noch wie vor nicht der geringste Anlaß, mit öffentlichen Mitteln oder dem Ansehen des Staates Unternehmungen zu helfen, die offensichtlich durch spekulative Großaktionäre in die heutige schwierige Lage gekommen sind.

Wasserstände der Weidau, Eger und Elbe

| Wasser | 2. 8. | 3. 8. | Wasser | 2. 8. | 3. 8. |
|--------|--------------|-------|--------|-----------------|-----------|
| Weidau | Kamitz + 96 | + 88 | Waldau | Brandeis + 75 | + 87 |
| Weidau | Radran + 88 | + 80 | Eger | Reinitz + 42 | + 52 |
| Eger | Baum + 82 | + 74 | Elbe | Reitmeritz + 51 | + 62 |
| Elbe | Rimbürg + 46 | + 45 | | Rußla + 79 | + 90 |
| | | | | Dresden | - 84 - 68 |

3 Hosen-Tage

- Hosen, Breechesform, doppeltes Gesäß, für Herren M 16,50, 9,75, 5,80, für Burschen M 9,75, 5,25
- Hosen, kräft., strapazier. Stoffe, geeign. Arbeitshose, für Herren M 6,50, 4,90, 3,75, f. Bursch. 5,50
- Hosen für Marengo-, Sakko- und Cutaway, f. Herren M 15,-, 12,75, 7,95, f. Burschen M 13,50, 10,50
- Hosen, teilw. mit Umschlag, verschiedene farbige Stoffe, besonders preiswert M 12,-, 9,75
- Hosen, erprobte engl. Leder- u. Manchesterstoffe, teilw. mit Schmiegeentasche M 12,50, 10,50
- Hosen, Breechesform, verschied. Kord-, Manch.-u. and. Stoffe, doppeltes Gesäß M 16,50, 14,50
- Hosen Knickerbockerform, aus modernen Pullover- u. anderen geeign. Stoffen M 21,-, 16,-
- Hosen, schw. für Smoking, Tarnanzug u. Gehrock verschiedene Qualitäten ... M 23,50, 18,-
- Hosen, Breechesform, pa. Kord- und andere Stoffe, gediegene Verarbeitung ... M 25,-, 19,90
- Hosen, gestreift, elegante Ausführung, aparte Dessins, mod. Form ... M 39,-, 29,-, 23,50
- Hosen, blaue Chevot- u. Kammergarnqualität, mit Rundbund u. Gurtchlaufen M 23,50, 19,50
- Hosen, Knickerbocker, neueste Dessins, elegante Ausführung, tadelloser Sitz M 29,-, 25,-

RENNER
MODEHAUT

Werde Mitglied der SPD.

W. Kelling
reinst
Frühjahrs-Mäntel und Kleider

Feinstes
amerikanisches
Schweineschmalz
garantiert rein
nicht zu verwechseln mit dem von uns nicht gefüllten
minderwertigeren ausländischen Schweineschmalz

82 Pfennig

Konsumverein
Vorwärts
Abgabe nur an Mitglieder

MÄRKSCHE
reinst
Frühjahrs-Garderobe

Kredithaus
Preudentels
Ittman
Wöbel
Polsterwaren
Rüchen
von 13 bis 200
Schlafzimmer
von 50 bis 200
Schiffelongues
Schlänke
einselige Betten
von 10 bis 200

Berren-Damen-Ronjettion
Schöne
Herbstkleider
Wälder usw.

Leichte An- und Abzahlung
Birmaischer Platz
Eingang Nr. 2
Birmaische Str.
1. Stock

Preiswertes Angebot für Strumpfwaren



- Damen-Strümpfe** 35,-
Baumwolle, mit verstärkter Ferse und Spitze, schwarz und farbig
- Damen-Strümpfe** 45,-
gute Baumwollqual., Doppels., Hochferse und verstärkte Spitze, schwarz und farbig
- Damen-Strümpfe** 65,-
Mako, Doppels., verstärkte Hochferse, schwarz und farbig
- Damen-Strümpfe** 75,-
prima Baumwolle, feinfädig gearbeitet, schwarz und farbig
- Damen-Strümpfe** 75,-
Kunstseide mit Naht, schwarz und farbig
- Damen-Strümpfe** 95,-
prima Mako, sehr haltbare, gute Strapazierqualität, Doppels. u. Hochf. schwarz u. farb.
- Damen-Strümpfe** 95,-
Seidenflor, schwarz u. farbig, haltbare, gute Qualität, vereinzelt m. ganz klein. Webfehl.
- Damen-Strümpfe** 1.25
prima Mako, teils m. Seidenglanz, Doppels. u. Hochferse, l. allen aparten Straßenfarben

Sensationeller Schlager:
Damen-Strümpfe
pa. Bemberg-Waschseide, schwarz und 48 Farbtöne, mit unscheinbaren Defekten 1.75

- Damen-Strümpfe** 1.25
prima Seidenflor, Doppels., Hochferse, Marke „Jefa“, schwarz und farbig
- Damen-Strümpfe** 1.45
allerbest Seidenfl., schwere, halb. Qualität, edelst. Flormaterial, grau, beige u. kasha
- Damen-Strümpfe** 2.45
Bemberg-Waschseide, l. vollend. schönen Ausführungen, schwarz, 48 Farben, II. Wahl
- Damen-Strümpfe** 2.75
Tramaseide, 4-, 6- u. 8fache Qual., teils mit Petinet-Zwick., viele Farb., kleine Webfehl.
- Damen-Strümpfe** 3.75
Tramaseide, 8- u. 12fache Qual., l. vielen Farben, unbedeutende, kleine Webfehler
- Herren-Socken** 39,-
Baumwolle, verstärkte Ferse und Spitze, schwarz und farbig
- Herren-Socken** 65,-
Baumwolle, farbig tambouriert, in prima Qualität
- Herren-Socken** 95,-
teils Kunstseide gemustert, teils Jacquardmuster
- Herren-Socken** 1.10
Jacquard, aparte, moderne Dessins, gute Qualität
- Herren-Socken** 1.25
Kunstseide, mit Flor, allerbeste Qualität, moderne Streifen

Alsberey

Wilsdruffer Strasse 6-8-10

LUXUS-Schuhe

vorzügliche Fabrikate
neueste Frühjahrs-Modelle.
Kombinationen in
**Lack, Kroko, Eidechs
Schlange, Nubuk.**

Schuh-Oestreich

Große Auswahl, niedrigste Preise
Jahnstraße 5, am Wettiner-Bahnhof,
Königsbrücker Str. 3b, am Albertplatz,
und Frauenstr. 2a, Ecke Schössergasse,
am Altmarkt. 11335

Monats-Garderobe

Von Herrenstoffen mens. getragen
Maßanzüge
lanke Sommer- u. Cabardine- u. Wäntel
(Schwedenform)

Schwarze Warena- u. Paletots
von 20, 10 bis 25

Schwarz, Braun, Smokey, Lanzonsüße
lanke Gata u. d. Anzüge u. vielen Ab-
wechslern, teils nur Seide gearbeitet
von 20, 30 bis 20, 50

Sport-Anzüge

in anderer Auswahl mit kurzer und langer
Hose von 20 bis 30

Einsame Jacketts von 20, 3 an
Wäntel von 20, 1 an 11335

Geben jeder Art, Windjaden
Konfektions- u. Anzüge
Hosenpfeifen neuer Anzüge
in allen Farben und Stoffen zu feinen
ausländ. Preisen

Gesellschafts-Anzüge und 3/4 oder
vierter Knopfleiste vertieft

14, l. Reich 14, l.
1. Große Brüdergasse
bei Wolan im Hause
Wer bei Reich kauft, wird reich

Einen vorzüglichen Bohnenkaffee

aufzulegen zu können, ist der Wunsch einer jeden
guten Hausfrau. Die Zusammenlegung der Kaffee-
mischungen erfordert Erfahrung und Geschick. Röst-
kaffee-Mischungen von besonders hervorragender Güte

erhalten die Hausfrauen im

Vertrauen auf unsere anerkannten Höchstleistungen in
den Verteilungsstellen unserer Genossenschaft zum
Preise von 3.20, 3.80, 4.40 und 4.80 Reichsmark je
Pfund. Die Abgabe erfolgt nur an unsere Mitglieder

Konsumverein Vorwärts

Mitglied kann jeder werden / Einschreibgebühr 50 Pf.

Räder

Schlebe
Kite
Wäntel
Dauer
Wochenrate 2-3 M.
Anzahlung 10 M.
Fahrad - Kauf
Palmstr. 19, II.

Nur 35 Mark

dieser
**Fortophon-
Sprechapparat**



La Werk (1243)

Eigenes Fabrikat
Schallplatten
0.50, 0.95, 2.00
3.50 M. usw.

Musikhaus
Otto Friebe
Ziegelstraße
Ecke Steinalstraße.

Spülpulver

für Tamen, zu haben nur
im Spezial-Geschäft
Gummiwarenhaus
„Diskret“ 130

Freiburger Platz 8
Frauenbedienung
Vordische genirt.

Prinzeß Theater
Lichtspiele

Ab Freitag den 4. März!

Das gewaltige, wundervolle, fast unvergleichliche Filmwerk, eine Höchstleistung der deutschen Filmkunst:

Prinzeß Theater
Lichtspiele

Der heilige Berg

Ein Hymnus an die Natur, an die Berge, das Meer! Eine Bilderdichtung auf das ewige Thema Mensch und Natur, gedichtet von begeisterten, schönheitstrunkenen Künstlern

Manuskript und Regie: Dr. Arnold Fanck, der geniale Schöpfer der Filme „Das Wunder des Schneeschuhs“ und „Der Berg des Schicksals“

Hauptdarsteller: die Tänzerin Leni Riefenstahl, die Sportsleute Luis Trenker (einer der bekanntesten Kletterer Tirols), Ernst Petersen, Friedrich Schneider, Hannes Schneider (Weltmeister im Skilauf) und eine grosse Zahl der besten Berufsfahrer des Skilaufes, darunter solche von Weltruf.

Für Jugendliche erlaubt!

Beginn der Vorstellungen: Täglich 4, 7 und 9 Uhr

Nur noch bis mit Montag **verlängert!**

Den größten Erfolg, den je ein Harry Piel-Film hatte
Stürme des Beifalls! Stimmen der Begeisterung!



der König der Sensation!
in seinem neuesten Abenteuer-Film:
Hallo, was ist los im Zirkus Bely??

Hauptrolle: Harry Piel. Er und ein prachtvoller bengalischer Königstiger vollbringen die tollkühnsten Sensationen und fabelhafte Brevourstücke

10 spannende sensationelle Akte!

Wegen der Größe des Films andere Eintrittszeiten:
Einlaß 3 1/2 Uhr. Beginn 4, 6, 8 1/4 Uhr, Sonntags ab 2 Uhr

Lichtspiele Freiburger Platz

H.-Räder

Teilschaltung
Abstr. 2.-37.
Sander, Cotta
Colt-bauher Str. 34, 10254
Ein Posten
Konfirmanden-Anzüge, M. 14 an Cabardine
Anzüge
Cabard. - Mäntel
Windjaden
Berufsleibung
Monatsgarderobe
Smoking, Frack
Gehrocken-Anzüge
verkauft und geriebt am billigsten **Tager**
Weberstraße 33, 1.

Fahrräder

(verkauft) 23. Garantie
Anzahlung 10 M.
Schubachstr. 11/12
Oppelstr. 19, 1.

Um die Welt.

Jahren u. Abenteuer,
Reisen u. Entdeckungen
deutscher Seefahrer
männlich u. weiblich
zu lesen
mit vielen Bildern
Preis nur 60 Pf.
Volksbuchhandlung
Wettinerplatz
und ihre Filialen.

Gloria Palast
LICHTSPIELE

Schandauer Str. 11 / Strassenb. 8, 17, 19, 20

Freitag bis Montag

Ein Meisterwerk der Filmtechnik
(Völlig neu gedreht)

Der tanzende Tor

(Der goldene Clown)

Eine erschütternde Menschentragedie

Hauptrollen:

Gösta Ekman
der berühmte „Faust“-Darsteller

und
Karina Bell

die schönste Frau Skandinaviens
bekannt als
„Lieblingsfrau des Maharadscha“

Ferner:

Ein großes Beiprogramm

Werktag: 6 und 9 Uhr
Sonntag: 4, 7, 9 Uhr

Schweizerhäuschen Autokino Theaterplatz
Cassette bis Schweizerstr.
Etagen-Platz 3, 11, 12, 13
Jeden Abend: **Großer Damenball**

ES IST DAS BESTE

wenn Sie alle Ihre Drucksachen bei uns herstellen lassen
Schnelle Erledigung • Saubere und moderne Ausführung
Buchdruckerei Kaden & Comp., Dresden, Wettinerpl. 10

PALAST THEATER
ALAUSTR. 28

Ab heute Freitag!
Rudolph Valentino
der Liebling der Frauen
in dem sensationellen United Artists
Großfilm:
Der Adler
Der Film vom kühnen Wagnis
und der treuen Liebe in 8 Akten
Dazu:
Ein erstklassiges, reichhaltiges Beiprogramm!

In Vorbereitung:
Douglas Fairbanks
in dem
Film in natürlichen Farben
Der Seeräuber

Vorstellungen: [w308]
Werktag 6 und 8 Uhr
Sonntag 4, 6, u. 9 Uhr.

Regina-Lichtspiele
Augsburger Str. 12 Straßenhahn
1, 2, 8, 10, 22

Ab heute Freitag
der beste bisher gezeigte Großfilm
Mädchenhandel
geschildert in 7 Akten auf Grund bisher
noch nicht veröffentlichter Dokumente
mit Unterstützung des National-
komitees zur Bekämpfung des
Mädchenhandels, unter Mitwirkung
der türkischen und griechischen
Polizei. [1312]

Dazu das große Beiprogramm
Beginn: Wochentags 6 und 9 Uhr
Sonntag 4, 6 und 9 Uhr

Sonntag große Kindervorstellung
30 Pf. auf allen Plätzen.

Restaurant Ringschänke
Leisniger Straße 21 - Tel. 65614
Freitag, 4. Sonntag, 5. und Sonntag, 6. März
Großer Kochwettbewerb
Musikalische Unterhaltung
Vorzügliche Küche Gutgeköhlte Biere
Kassa laden erheben ein
Paul Ragner und Frau.

Gas-haus z. städt. Vieh- u. Schlachtb.
Chempische Strassenbahnlinie 2
Neben **Schlacht-Fest**
Schlachter-Zusatzitäten in bekannter Güte
Abd. u. 7 Uhr an: Familienfrühstück

Die Gesundheit über alles!
Jeder sein eigener Arzt!
Selbstbehandlung
durch
Hausmittel, Biochemie,
Homöopathie,
Von
Dr. Ludwig Sternheim
Arzt in Hannover

Preis 5.- M. in Halbleinen gebunden

Dieses wertvolle Handbuch enthält die
genaue Beschreibung der einzelnen
Krankheiten und die zur Heilung not-
wendigen giftfreien Heilmittel. Schon
bei der ersten Erkrankung ist der ge-
ringste Preis des Buches erspart.
Zu haben
in den Volksbuchhandlungen.

Beherrschung und Sozialdemokratie
Von Julius Deutsch.
Inhalt: 1. Geschichtlicher Rückblick. 2. Neue Tatsachen.
3. Eine demokratische Heeresverfassung. 4. Sozialismus
und Demokratie. 5. Aufgabe der Sozialdemokratie. //
Anhang: Die Rüstungen einiger Staaten.

Diese wichtige Schrift, die zu den
bedeutendsten Fragen der Zeit Stel-
lung nimmt, umfaßt 115 Seiten
und kostet nur 2.20 Mark.

Volksbuchhandlung Dresden, Wettinerpl. 10
und ihre Filialen.

Fahrräder
ersch. 2 Jahre Garantie
Reparatur-Zeitlich
Schleppwagen
Helfgoldstraße 8

**Aus Neupommerns
dunklen Wäldern.**
Erfolgreich
auf einer Expedition
durch die Wälder
des Ostpreußen
Sahne nur 60 Pf.
Volksbuchhandlung
Wettinerplatz
und ihre Filialen.

Stellunglos

Tagebuchblätter eines Technikers

Von Kurt Wallner
(Schluß)

Morgen geht es auf Tour, die Tasche unter dem Arm und den Mund voll guter Gedanken. Vielleicht helfe ich mir damit über die miserabile Zeit weg. Einen Versuch ist die Sache jedenfalls wert, geht's nicht, dann bleibt mir immer noch das Arbeitsamt übrig.

Neu! Vortag hat ich nach langem Überlegen und Schwanken in dem Privatamt des Bezirksamts R. vor dem Chef, ein demagogischer Herr mit gefährlich lebhaften Manieren, der mich zunächst lächelnd und geschäftsmäßig nach meinem Vorgesetzten, dann aber aufmerksamer, als er hörte, ich sei ein neuer Mitarbeiter. „Junger Mann, haben Sie schon mal hundert Mark die Woche verdient? Nicht? Das werden Sie aber jeht. Das müssen Sie, sonst passen Sie einfach nicht in unser Geschäft. Alle unsere Vertreter verdienen das, wenn sie sich genügend eingearbeitet haben. So Abonnement geben die fünf Mark, rechnen Sie sich aus, eine ganze Woche Zeit haben Sie, drüben bis vierzig Abonnements in der Woche sind mit Verdienst zu schaffen. Einarbeit? Aber bitte, wir haben unsere Anlaufkarte. Sie bekommen in den ersten Tagen einen vorzüglich ausgearbeiteten Herrn mit, der Ihnen die Sache schon beibringt und Sie helfen Sie mal auf, das ist alles spielend einfach. Hier ist also meine Zeitschriftenmappe, ich drücke auf den Klingelknopf“, erregte Gefühls nach der letzten Wand: „Ach, guten Tag, Frau Meyer, freut mich, Sie wieder mal zu sehen, werden mich vielleicht noch kennen, Schulle ist mein Name. Ich komme heute nämlich mit einer wunderbaren Sache. Sie haben doch sicher schon von dem Pilsener Bezirksamts gehört. Bedenken Sie nur, zehn Zeitschriften die Woche für nur vierzig Pfennig: Berliner Illustrierte, Kaufmann, Abende, Plätter, Gartenlaube usw. Das ist aber noch nicht alles, Sie tragen dazu noch eine kostenlose Versicherung auf fünfzig Mark bei Unfall —“

Ich mußte laut lachen über diese originelle Verkaufsart. Der Mann hat sich wieder in seinen Zirkel fallen. „Also so müssen Sie es machen. Das werden Sie auch fertigbringen, es ist doch wunderbar, wenn Sie nicht dabei, können Sie nur morgen früh wieder, Sie werden sehen, bei uns ist mit Verdienst Geld zu machen.“

Wichtig fiel mir wieder jener arbeitlose Zeitschriftenverkäufer ein, den ich damals so bedauerte. Jetzt waren wir also wieder Kollegen. Doch Schluß nun mit allen Gedanken und ran an die Sache. Es bleibt mir wirklich keine andere Wahl.

Beide Tage hat die ganze Verwirrung gedauert. Jetzt bin ich ganz ausgerannt. Das sah alles einfach aus und war es schließlich auch. Nur all zu dünnhäutig darf man dabei nicht sein. Ich kam mir zuletzt vor wie ein Kumpel von der Kunst. Tag für Tag treppauf, treppab, an jeder Tür Klingeln, und jedesmal dasselbe Schauspiel. Reist geht nur das kleine Guckfensterchen auf, und ein Neugieriger kommt im Hintergrunde ängstlich zum Vorschein. Keine freundliche Begrüßung ist kaum vom Stapel gelassen, ein mißtrauischer Blick auf meine gezielte Bändermappe, unverständliches Brummen und — flapp! — schlägt's wieder zu. Darauf zur nächsten Tür. Ist wechelte ich gute Probe den Ton. Höflich, freundlich, familiär, wie's gerade der Zufall gab, immer aber mit einem faulen bitteren Geschnal auf der Zunge. Ich und zu, nach zweistündigen Herumhantieren kam auch mal ein Auftrag zustande. Nicht armelige Freude dann über die sauer verdienten zwei Mark Provision. Zum Privatbesitzer fehlt mir einfach die Rücksicht, lächeln zu jedem Hin- und Herbewegen, lächeln zu jeder mißtrauischen und großen Antwort, immer nur lächeln und freundlich sein, obwohl man am liebsten alles in Stücke schlagen möchte!

Neu! endlich habe ich beim Treppenhilfen meine letzte Zeche bezahlt. Der Kaiserarzt verordnete mir fünf Tage Bettruhe. Jetzt Mark habe ich in den sechs Tagen verdient, dazu kommt noch für die nächsten fünf Tage vier Mark Krankengeld. Ein nettes Einkommen. Dabei sind in acht Tagen fünfzig Mark viele fällig, die muß aber bezahlt werden, habe ich einmal die Kündigung auf dem Halbe, dann rettet mich kein Wohnungsamt. Ich bin ja schließlich nur Untermieter, nach vierjähriger Ehe darf man noch nicht ohne anstandslos sein. „Vorübergehend möbliert vermietet“, schrieb mein Wirt in die letzte Kautionsscheine ein. Das „möglicherweise“ ist ein alter Fisch und ein Plättchen, beides steht wegen Platzmangel noch zwischen meinen Wänden. Möbliert oder nicht, wir waren damals froh, ein Unterkommen gefunden zu haben.

Also nächste Woche fünfzig Mark viele, sonst —

Wochenabend sprach mich ein Arbeiter meiner alten Firma A. & S. auf der Straße an. Er hatte seinen ehemaligen Vorgesetzten wiedererkannt und fragte, ob ich ihm nicht irgendwas Arbeit verschaffen könnte, transportieren, auspacken, irgend etwas. Dabei war ich froh, wenn er jemand Arbeit verschaffen würde. Ich erfuhr von ihm, daß A. & S. nun endgültig aufgelöst worden ist. Die einzelnen Fabrikationen wurden von anderen Firmen übernommen, die besten jungen Kräfte dazu. Die übrige Belegschaft wurde entlassen, darunter auch jene vier alten halb ausgebildeten Monteure, die in ihrer besten Zeit für die Fabrik in allen Ländern Europas, in Asien, Afrika und Südamerika tätig waren. Zwei von ihnen fanden wenige Tage nach der Entlassung. Sie hatten Lebenshaltung in ihrer Firma gehabt — bis zu deren Auflösung. Mit ihrer Stellung war also auch das Leben zu Ende. War es der Glaube, den die verschiedenen Zweigwerke erfüllten zu haben, war es die zitternde Angst des Alters, oder die genaue Vorahnung, daß er nun seiner Arbeit mehr fände? Und dieser Mann hier, der ich mit seinen fünfzig Mark die Woche bei der Firma sicher schon das Überdies für die nächsten Jahre bei der Firma sicher schon mit dem gezeigten Mühen und Krümmen, harten Arbeitstagen und sprach mich um Arbeit an, um trüben Vieh noch eine rechtliche Doffnung. Was wird er sagen, wenn er mich nachhaken darf, daß er einmal auf dem Arbeitsamt neben sich stehen sieht? Ich verabschiedete mich schnell von ihm. Es würgte mir in der Kehle.

An drei Wochen ist Weihnachten. Wie die Schaulustler eine nach dem andern anfangen zu strahlen, und die Vorübergehenden anzulächeln! Die Wägen füllten sich mehr und mehr, vormittags die Menschen, nachmittags die Kunden. Ich für meinen Teil halte es mit dem Vormittag. Ich vertrete seit zwei Wochen eine bekannte Fabrik für Christbaumkugeln, das Geschäft rollt endlich einmal, wenn nur die Provision etwas höher wäre. Wenn der jetzige Umsatz noch vierzig Tage einhält, dann ist jedenfalls für das nächste Geschäft: Weihnachtsgeld für die Frau, die nächste Kiste und dazu noch jener Teil der letzten, den mir mein alter, halbbergesenzer Freund B. pampelt. Ein guter Kerl, dem ich auch diesen hübschen Weihnachtsbesuch verdanke, ein eingefleischter Reisender. Wann vom Bau. „Menschchen, wenn du mal in guter Kaufmann werden müßt, dann müßt du erst gar nichts mehr gehabt haben, radikal nichts. Über reinig du's lieber nicht zu was Gefährlichem.“ Er sprach aus eigener Erfahrung, ich weiß, daß er Anno 1912 noch im letzten Augenblick der Arbeitslosigkeit ausgeholfen war, in die er sich nach einer trüben Stunde gestürzt hatte.

Also wäre ich ja auf dem besten Wege, ein guter Kaufmann zu werden. So gab mal eine Zeit, da war ich Ingenieur, unermüdet und voller Tatendrang und Berufseifer. Es scheint mir heute, als sei das schon sehr, sehr lange her.

So, für diesen Monat hätten wir's geschafft. Sonar die Kiste, das ewige Zerackeln, noch haben wohlwahrer im Schreibtisch. Aus der Weihnachtskarte für übermorgen ist zur Stelle. Der nächste Monat? Vahl! Wer wird in so ferne Zukunft schreiben, das war früher mal ein Plätz. Neue dominieren kurzfristige Gelder, davon erzählt ich täglich die Postzeitung. Eine aufgeregte Stunde gab's heute noch. Meine Kante, die Schützengarnison, kam angeputzt, ganz in Tönen aufsteht, und verdiente schlüssend von ihrem Umsatz. Was die Liebhaber, der immer so geduldig zuhören konnte, und wenn's mal tat, aus mit der Zelle zur Straße. Wie es natürlich zuerst erfuhr. Ihre erhofften fünfzig Mark waren jetzt voll gewesen. Heute wollte sie sich das Geld abholen.

— und kam gerade dazu, wie neue unbekannte Leute dabei waren, in die letzte Wohnung des Schürzenhändlers einzuziehen. Wohin der Mann umgezogen war, wußte niemand, er sei noch außerhalb. Am selben Tage waren schon mehrere der angenommenen Teilnehmerinnen gedungen noch ihrem sauren verdienten Gelde. Sie

Ich tröste sie schließlich mit dem letzten Versprechen, das Geld sobald als möglich heranzuschaffen, wenn sie mir die neue Adresse des Schürzenhändlers von der Polizei mitbrächte. Aus ihrer Weihnachtsfreude würde natürlich vorläufig nichts. Erst hieß es, einige Tage abwarten, dann könnte man die unbekannte Stellenleiter ansetzen; Einsparen, Ratschläge, Kostenauftrag, Klage usw. Vielleicht ist dies aber auch gar nicht erst notwendig, und es geht schon ohne dem. Etwas beruhigter ging die um ihr Weihnachtsfest Betrogene nach Hause, als ich ihr noch zehn Mark Vorschuß auf das Schürzengeld gab. Damit glaubt auch sie tollfaher an Erfolg.

Ich kann mir nicht helfen, meine letzten Erlebnisse klingen alle fast wie aus einem schlechten Roman. Man möchte die Luft verlieren, weiterzuschreiben. Ein bitter schmerzlicher Klacks auf Papier gesetzt, würde ein einfacheres Mittel sein, die trostlose graue Stimmung wiederzugeben. „Das Leben schreibt oft wunderliche Romane“, jammert früher mal, heute kann man's fein wunderliches Schreiben mehr nennen, es ist wohl eher groteskes Geschmeier.

Nun bin ich endlich ein vollwertiger Arbeitsloser. Der erste Geschäftsgang im neuen Jahre war der nach dem Arbeitsamt zur Anmeldung. Konnte, daß mir das so schwer fiel, und es geht noch andere Leute dort als ich. Das Wunderbare, die Arbeitslosenunterstützung ist doch kein Almosen, sondern Recht und Gesetz. Ich fand verschiedene alte Kollegen wieder, alle mit sorgenvollen, gedrückten Mienen, scheinbar aber froh darüber, daß sie nun auch mich in ihrer Mitte haben. Gemeinschaft hilft die Not besser ertragen.

Das schwarze Aushängeschild hing voll von Stellenangeboten: Kleidermacher für einen patentierten Haushaltungsgegenstand, Anzeigenausschreibe, Werbebriefe für eine neue Kranenmaschine usw. Die Spalte „Gehalt“, die auf jedem Zettel vom Arbeitsamt vorgedruckt war, hatte man geschicklich umgangen, höchstens stand darin: „Guter, dauernder Verdienst, zeitgemäße Vergütung, hohe Produktion usw.“

Eine Kleiderhandlung suchte Einkäufer, natürlich auch nur gegen Provision. Sie suchte aber auch einen kaufmännischen Leiter und einen Ingenieur, die beiden gegen hohen Gehalt, nur waren hierzu je fünfzig Mark als Interzessenlage notwendig. Originelle Idee, Betriebsingenieur einer Kleiderhandlung mit Interzessenlage. Da sah mir ein: wenn ich mir einen Kleidermacher suche, Sohn adäquater Eltern, und für meine Frau ein fort auf höchst zeitgemäße Art gehalten.

Wieder einmal liegt ein mißglückter Versuch hinter mir. Ich hatte einen Vertretungsbesitz für die Geschäfts-Motorwagen, die Ingenieur L. noch immer verkauft. Er rief mir's, als ich ihn vor vier Wochen wieder einmal traf. Es ist immer noch besser als gar nichts.

Ich fragte, ob die Aussichten gut seien? „Ja, später mal, wenn ich nicht mehr dabei bin. Interesse ist viel da, aber vom Interesse allein läßt sich's nicht gut leben.“

Ich fragte, ob der Wagen auch gut und dauerhaft sei? „Oh, wissen Sie, das ist nicht meine Sache. Ich will ihn nur verkaufen. Gut ist er schon, aber ein Dreier ist immerhin noch kein Lastauto.“

So ging ich denn los. Wirklich gute Aussichten, aber auch nicht mehr. Heberall Vertretungen für später, wenn die Geschäfte mal besser gingen.

Eine neue Aufgabe brachte ich aber doch zustande in den vier Wochen, wenn auch mit viel Verzweifeln und Angstschweiß.

Einem Kleiderhändler gefiel nämlich mein Wagen sehr gut, nur war er dem Ratze zu schwach. Er mußte nämlich über die Südbahn fahren mit fünf Zentner Ladung. Gewicht der Wagen war praktisch und gefällig gebaut, vorn auf zwei Rädern der große Masten mit Blechdach und Vordertrieb, über dem Hinterrad ein bequem weiches Sattel, darunter der dreipferdige Motor. Alles hier hübsch, aber, wie gesagt, die Südbahn — fünf Zentner —; ich mußte doch ein großes Auto kaufen müssen.

Da packte mich eine heilige Begeisterung, ich witterte Verdienst, diesen Auftrag mußte ich kriegen.

„Was, nur fünf Zentner über die Südbahn? Reichtigkeit! Was ist Ihnen glatt vor. Heute nachmittag bin ich mit dem Probewagen an der Brücke und fünf Zentner drin. Einverstanden?“

„Jawohl, er war's. Wenn ich mit der Last glatt über die Brücke kam, sollte ich den Auftrag haben.“

Nun aber schleunigst ins Geschäft zurück, den Probewagen geladen und zur Südbahn, Generalprobe halten, daß ich mich heute nachmittag nicht blamierte.

Es ging nicht. War das ein Ding, diese Brücke. Quert sie sanft anstreichend, dann stärker, und schließlich noch dreißig Meter von solcher Schwärze, daß meinem adäquaten Wägelchen einfach die Luft ausging. Es blieb stehen und dampfte vor Überanstrengung. Was nun? Es war zum Verzweifeln.

Ich war aber doch zur Stelle am Nachmittag. Mit vier Zentner geladenen Karren voll mit Karren.

„Wissen Sie was, den sollen Sie selbst abgeben“, erwiderte ich. „Sie lesen sich einfach mit vorn in den Karren und lassen die Vordertrieb offen. Die paar hundert Meter geht das schon. So können Sie gleich mit und brauchen nicht nur von weitem zusehen.“

Er hochte sich also hinein, zog den Kopf ein, um sich nicht an dem Blechdach zu stoßen, und ließ die Reine vorn durch die offene Tür herabhängen. Die vorübergehenden Passanten störten ihn wenig.

Nun hatte ich gewonnen. Hinten aufgefassen, und los ging's über die Brücke. Zuerst sanft ansteigend, dann stärker, und schließlich — ja, dann sprang ich ab und schob im Nebenherrennen kräftig mit. Vorn bummelten die Reine meines Kunden, der ja nur geradeaus sehen konnte und von der „Schiebung“ hinter seinem Rücken keine Ahnung hatte.

Also hinauf und hinüber, dann wieder schnell in den Sattel gesprungen und drüben bergab in großer Fahrt, jetzt nun aber wirklich mit voller Last. Unten angekommen, lag der Mann aus, etwas rumpelnd und atemlos, aber sehr zufrieden.

„Gut! Ich nicht gedacht, daß wir so glatt hinüberkommen, daß ich wirklich nicht gedacht!“

„Ja, ja, ich sagte Ihnen ja schon, Wichtigkeit so was für unsern Wagen. Qualität bleibt eben Qualität.“

Der Auftrag wurde also perfekt, und ich hatte endlich wieder mal fünfzig Mark verdient. Es blieb der einzige Verdienst in den vier Wochen, trotz dreierlei Anstrengungen. „Später, später!“ hieß es nur überall.

So gab ich's denn bald vergriffen auf.

Jetzt habe ich aber alles mobil gemacht, um wieder zu Arbeit und Verdienst zu kommen. Daß ich nicht eher auf den Gedanken gekommen bin, meine familiären früheren Elends zu beschreiben! Einmal von ihnen hat mir schon für die allernächste Zeit Doffnung gemacht, obwohl sein Verbleib ebenfalls unklar ist. Einige Monate amerikanischer Dosenarbeiter oder Hotelkellnerpöbel vor ein oder zwei Jahren wäre heilsam für mich gewesen und hätte mir wahrscheinlich leichter über die vergangen diese hinweggeholfen. Wie viele meiner Kollegen werden wohl noch diese Wandlung durchzumachen haben! Je schneller, desto besser für sie.

Ich freue mich jetzt schon auf meine neue Arbeit — wenn's auch nicht am Schreibtisch oder am Zeitendrett ist.

Der erste Tag in der Schloßerei wäre also vorüber. Ich fange wieder von vorn an, wie vor fünfzehn Jahren. Die alten Lorenzen Stand im Beruf wieder zu erobern. Brauche dazu auch fünf oder zehn Jahre harter Arbeit, was tut's?

Einmal meiner gestrigen Kollegen, ein alter Schlosser, sagte beim Frühstück: „Ja, wir haben eben zu viel Kräfte und zu viel Intelligenz, und der Krieg hat uns kaputt gemacht.“

Zu viel Kräfte? Wann die Kulturzerstörung zu viel Kräfte, zu viel Intelligenz haben? Wozu hat man man denn erst geachtet und herangebildet? Nein, hier sind die Gesellschaftsbedingungen falsch. Warum fehlt man die Arbeitslosigkeit nicht her? Warum beschneidet man die Lebensgrundlage nicht von oben? Das alles sind Fragen, über die ich noch nachdenken muß. Viele meinestgleichen müßten härter nachdenken lernen, aber — zu viel Kräfte! — das ist ein böses Wort der Denkfaulen.

Leben • Wissen • Kunst

Schüler Frauenkursus in Linz. Die Heimvolkshochschule Linz ladet zur Teilnahme an ihrem letzten Frauenkursus ein. Die Lehrkräfte, die in den Frauenkursen in Vorbereitung sind: Wirtschaftskunde, Geschichte, Psychologie, Erziehungsfragen, Frauenarbeit, Gewerkschaftswesen, Wohlfahrtswesen. Aufnahme höhere als Volkshochschule genossen haben. Die Teilnehmerinnen haben an die Schulleitung ein Gesuch und einen selbstgeschriebenen Lebenslauf einzureichen, aus dem neben dem allgemeinen Daten über Alter, Staatsangehörigkeit, Berufsausbildung, Art der Bildungszeit und der Zweck, der mit dem Besuch der Schule angestrebt wird, hervorgeht. Ferner ist ein Aufsatz abzugeben, über den den Bewerberinnen von der Schulleitung nähere Mitteilung gemacht wird.

Das Schulgeld, in dem die Kosten für Wohnung und Verpflegung inbegriffen sind (Wohngeld ist mitzubringen), beträgt für den ganzen Kursus für Thüringerinnen 125 M., für die übrigen Reichsdeutschen 150 M., für Ausländerinnen 200 M. Das Schulgeld ist bei Kursusbeginn zu entrichten. Hierzu tritt die Verpflichtung, durch regelmäßigen Arbeitsdienst 16 Stunden wöchentlich an der Erhaltung der Schule mitzuarbeiten.

Der Kursus beginnt am 1. August 1927 und dauert bis 15. März 1928 einzureichen. Die Entscheidung des Lehrkollegiums über die Aufnahme erfolgt in der zweiten Hälfte. Anfragen und Bewerbungen ist Rückporto beizufügen.

Der Internationale Arbeitskreis für Erneuerung der Erziehung wird vom 8. bis zum 13. August seine vierte Tagung in Locarno abhalten. Das Grundthema der Besprechungen lautet: „Der wahre Sinn der Freiheit in der Erziehung“. An der Konferenz werden u. a. auch die Vertreter des Arbeitskreises Dr. Elisabeth Kötter, ferner Wilhelm Paulsen, Berlin, und Alfred Adler, Wien, teilnehmen.

Humor und Satire

„Feine Leute. Haben Sie Erfahrungen mit Kindern?“ fragt die Dame das neue Mädchen. „Nein, Madame“, erwidert diese. „Ich habe immer bei meinen Leuten gedient.“

„Ja dann! Dame: Was sehe ich, Marie? Sie benutzen meine Jahnstühle?“ — Marie: „Seien Sie ganz unbesorgt, ich habe sie vorher geprügelt und gründlich gereinigt.“

Rundfunk

Tschechoslowakischer Arbeiter-Rundfunk

Im vorigen Jahre hat sich unter Teilnahme der sozialistischen Kultur-, Berufs- und Gewerkschaftsorganisationen und von zwei Vertretern des Bundesministeriums in der Tschechoslowakei ein Kuratorium für den Arbeiter-Rundfunk gebildet. Vorsitzender dieses Kuratoriums ist der Minister für soziale Verwaltung. Durch lange Verhandlungen mit der Protagar Sendegesellschaft „Radio-Journal“ hat man auf diesem Wege die Anerkennung der Arbeiterschaft beim Rundfunk erreicht. Der größte Teil der gestellten Forderungen wurde erfüllt. So findet beispielsweise an jedem Abend um 7 Uhr ein viertelstündiger Vortrag als Veranstaltung des Arbeiter-Rundfunk-Kuratoriums statt. Im Rahmen dieser Vorträge werden alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens behandelt, und dadurch wird allen Rundhörern eine gute Basis der Allgemeinbildung geboten.

Besonders wertvoll wird darauf gelegt, der breiten, nicht proletarischen Hörerschaft Probleme näherzubringen, an deren Lösung die Arbeiterklasse ein berechtigtes Interesse hat. Damit wird das Verständnis für die Bestrebungen der Arbeiterklasse gemehrt, ferner werden in besonderen Vorträgen Kurse über das Wesen der modernen Arbeiterorganisationen im In- und Ausland abgehalten. Dabei greift ein Vortrag in den anderen, und damit wird der Sender zu einem Bildungsfaktor von größter Bedeutung für die Arbeiterschaft. Auf der anderen Seite wird er zu einem neuen Instrument des Klassenkampfes, indem er auch diejenigen Bevölkerungsteile, denen die Ideale der Arbeiterschaft bisher fremd waren, über die Ziele der großen Arbeiterkulturbewegung informiert. So wird die Idee des Sozialismus in bisher unerreichte Kreise hineingetragen. Sollte in Deutschland nicht die Verwirklichung einer ähnlichen Einrichtung möglich sein? Wenn man die deutschen Besatzungsprogramme durchsieht, könnte man zu der Auffassung kommen, daß die Sendegesellschaften den großen Faktor „deutsche Arbeiterbewegung“ noch gar nicht kennengelernt haben. Aber gerade deshalb werden wir durch unentwegten Kampf ihn doch erreichen, den deutschen Arbeiter-Rundfunk!

Spezialkurs des Dresden-Kreisiger Senders für Sonntag den 5. März

- 10.30 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 10.45 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 11.15 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 11.45 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 12.15 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 12.45 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 13.15 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 13.45 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 14.15 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 14.45 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 15.15 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 15.45 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 16.15 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 16.45 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 17.15 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 17.45 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 18.15 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 18.45 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 19.15 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 19.45 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 20.15 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 20.45 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 21.15 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 21.45 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 22.15 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 22.45 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 23.15 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.
- 23.45 Uhr: Besondere Unterhaltung und Vorträge.

Verantwortlich: Paul Rogmann, Dresden.